



Jahresbericht 2009

gesellschaft
für **bedrohte**
völker

Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker [GfbV]
 Postfach 2024, D-37010 Göttingen
 Tel.: +49 551 49906-0
 Fax: +49 551 58028
 E-Mail: info@gfbv.de
 Internet: www.gfbv.de

Deutsches
 Zentralinstitut
 für soziale
 Fragen/DZI



DZI Spenden-Siegel:
 Geprüft+Empfohlen

SPENDENKONTO: 1909
 BLZ 260 500 01
 Sparkasse Göttingen
 (IBAN) DE 87 2605 0001 0000 0019 09
 (BIC) NOLADE 21 GOE

Die GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen/Büros in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Pristina, Sarajevo/Srebrenica, Wien

Redaktion: Inse Geismar, Katja Wolff
 Fotos: GfbV-Archiv

Titelbild:
 Ashaninka-Führer Benki und Moises Piyäko zu Gast in Berlin
 Foto: Eliane Fernandes

gesellschaft
 für **bedrohte**
völker

INHALT

■	Vorbemerkung	5
■	Europa	7
■	Nahost	9
■	Afrika	11
■	Asien	13
■	Indigene Völker	15
■	UNO und Europarat	18
■	Aktionen und Veranstaltungen	19
■	Regionalgruppen	20
■	Homepage	21
■	Presse: Die GfbV in den Medien	22
■	GfbV-Zeitschrift: bedrohte Völker - pogrom	24
■	GfbV-Büro Berlin	25
■	Finanzen und Geschäftsführung	26
■	Sektionen	29
■	Publikationen	33



gesellschaft
für **bedrohte
völker**

20. bis 24. Mai 2009 in Bremen

++ 32. Deutscher
Evangelischer Kirchentag
Servicetelefon 0421 43483-100 | www.kirchentag.de

MENSCH, WAS TUST DU?

APPELL DER GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER

an Bundeskanzlerin Angela Merkel
und Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble

**Täglich Flüchtlingskinder ins „Nichts“ deportieren,
aber klagen über unser kinderloses Land!**

Göttingen/Bremen, 21.05.2009

**Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,
sehr geehrter Herr Minister Schäuble,**

Deutschland könnte für nicht wenige Länder in vieler Hinsicht Vorbild sein, was das Zusammenleben Menschen verschiedener Herkunft betrifft. Unser Land hat in den vergangenen Jahrzehnten viele Verfolgte aufgenommen. Doch das darf nicht Anlass zur Selbstgerechtigkeit sein. Wir haben den Eindruck, dass die Mehrheit unserer Politiker und Parlamentarier, insbesondere auch die meisten deutschen Innenminister, die Augen verschließen vor den Problemen einer Gruppe von etwa 100.000 Menschen, die bei uns - meist als Flüchtlinge - eine neue Heimat suchen, seit acht, zehn, fünfzehn oder mehr Jahren unter uns leben und denen man dennoch kein wirkliches Heimatrecht gewährt. Sie sind Roma und Aschkali aus dem Kosovo, Kurden, Bahai, Yeziden, christliche Assyrer, Chaldäer und Armenier, Aleviten oder Mandäer aus dem Nahen Osten, Tschetschenen aus der Russischen Föderation oder Afghanen, die den Taliban oder zuvor der sowjetischen Armee entkommen sind.

> bitte wenden



Bedrohte Flüchtlingskinder, Fotos: GfbV-Archiv

Kampagnenblatt zum Kirchentag in Bremen

VORBEMERKUNG

Mit dem vorliegenden Arbeitsbericht möchten wir allen Freundinnen und Freunden der Gesellschaft für bedrohte Völker, den Mitgliedern, Förderern, Spendern, Abonnenten und nicht zuletzt den Ehrenmitgliedern, den Koordinatoren und dem Beirat über ein bewegtes und oft erfolgreiches Arbeitsjahr 2009 berichten. Trotz der Wirtschaftskrise hat unsere Menschenrechtsorganisation vielfache Initiativen für diskriminierte, von Verfolgung, Vertreibung oder Vernichtung bedrohte ethnische und religiöse Gemeinschaften ergriffen. Wir danken sehr, sehr herzlich allen, die dies mit ihren regelmäßigen Mitglieds- und Förderbeiträgen sowie durch Spenden möglich gemacht haben.

Ein feierlicher Höhepunkt war im vergangenen Jahr die Verleihung unseres Victor-Gollancz-Preises an die russische Menschenrechtsorganisation Memorial und den brasilianischen Indianermissonsrat CIMI. „Trotz Risiko für Leib und Leben bieten sowohl MEMORIAL als auch CIMI staatlicher Willkür und mächtigen Wirtschaftsinteressen täglich die Stirn und werden so oft allein gelassen von Parlamenten und Regierungen demokratisch regierter Staaten“, würdigten wir ihr Menschenrechtsengagement während des Festaktes, zu dem wir Öffentlichkeit und Presse eingeladen hatten. Der Memorial-Vorsitzende Oleg Orlow und der CIMI-Generalsekretär José Eden Pereira Magalhães waren eigens aus Russland und Brasilien angereist, um den Preis persönlich entgegen zu nehmen.



V. l.: Belma Zulčić vom GfbV-Büro in Sarajevo, GfbV-Web-2.0-Redakteurin Astrid Bracht, Tilman Zülch und Europareferentin Sarah Reinke ehren den Vorsitzenden der russischen Menschenrechtsorganisation MEMORIAL, Oleg Orlow, mit dem Victor-Gollancz-Preis



Festredner Freimut Duve (li.) und Tilman Zülch (re.) überreichen dem CIMI-Generalsekretär José Eden Pereira Magalhães den Victor-Gollancz-Preis 2010
Foto: Katja Wolff/GfbV

Mit großer Freude erfüllte uns auch, dass die Jury des Weimarer Menschenrechtspreises, in der ich Mitglied bin, unserem Vorschlag folgte und 2009 die Präsidentin des serbischen Helsinki Komitees für Menschenrechte, Sonja Biserko, auszeichnete. Unter ständigem Einsatz von Leben und Gesundheit hat sie sich während des Bosnien-Krieges gegen das Regime Milosevic gewandt und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie ethnische Säuberungen, Errichtung von Konzentrations- und Vergewaltigungslagern und Bombardements bosnischer Städte verurteilt. Als der Prozess gegen Radovan Karadzic eröffnet wurde, begleiteten wir die Delegierten der Opferverbände aus Srebrenica zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag und demonstrierten mit ihnen vor dem Gerichtsgebäude für die Festnahme aller Täter.

Besonderer Schwerpunkt unserer Menschenrechtsarbeit im Jahre 2009 war das Engagement für ein langjähriges Bleiberecht so vieler Flüchtlingskinder in Deutschland. Aufgewachsen oder geboren in unserem Land, sprechen sie Deutsch als Muttersprache und haben meist keinerlei Bezug zu den Herkunftsländern ihrer Eltern. Eine Abschiebung bedeutet für sie daher den Verlust ihrer Identität und die Deportation ins Nichts – in ehemalige Kriegs-, Verfolgungs- oder Vertreibungsgebiete – ohne eine Zukunft. Deshalb wird diese Kampagne kontinuierlich fortgesetzt. Unter diesen Kindern und Jugendlichen sind Angehörige der Roma, Aschkali und Egipciani aus dem Kosovo, der Kurden, Bahá'í, Yeziden, christlichen Assyrer-Chaldäer-Aramäer und Armenier, Aleviten oder Mandäer aus

dem Nahen Osten, Vietnamesen, Tschetschenen aus der Russischen Föderation oder Afghanen, deren Familien den Taliban oder zuvor der sowjetischen Armee entkommen waren.

Für die diskriminierten oder verfolgten Minderheiten des Nahen Ostens hat die GfbV ein Informations- und Aktionsnetz weit über Deutschland hinaus, über Europa und sogar Übersee, gespannt: Unser Nahostreferat initiierte für türkische Aleviten und Kurden, für die verschiedenen christlichen Volksgruppen und Konfessionen, für die Bahá'í, die Shabak, die Mandäer, die Yeziden, die Turkmenen und sogar für die armenische und koptische Diaspora in Deutschland Vorträge und Podiumsdiskussionen. Mehrere Veranstaltungen wurden gemeinsam mit der Friedrich-Naumann-Stiftung organisiert.

Nach einjährigem permanentem Druck auf deutsche Politiker und Ministerien, nach zahlreichen Eingaben bei Gericht haben wir durchgesetzt, dass ein ehemaliges PKK-Mitglied aus der Türkei aus der Untersuchungshaft in Bochum freigelassen wurde. Ihm drohte die Abschiebung in den sicheren Tod. Der Freigelassene lebt seit einigen Jahren in Deutschland und hat sich vorbildlich integriert. Seit mehr als zehn Jahren ist er kein PKK-Mitglied mehr. Er engagiert sich für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage. Als er in U-Haft saß, wurde sein erstes Kind geboren. Sein Schicksal ist Teil der andauernden Kurden-Verfolgung in der Türkei. Dort sind tausende kurdische Jugendliche, für deren Freilassung wir uns immer wieder einsetzen, inhaftiert. Die mehr als 4.000 kurdischen Dörfer, die während des türkisch-kurdischen Krieges zerstört wurden, liegen noch immer in Trümmern und das Schicksal von 17.000 Angehörigen dieses Volkes, die damals verschwunden sind, ist noch immer ungeklärt.

Während der Krieg in Afghanistan täglich neue Opfer fordert, hat sich die Gesellschaft für bedrohte Völker darauf konzentriert, die Verbrechen jener Politiker aufzudecken, die seinerzeit als Warlords für die Ermordung von tausenden Angehörigen verschiedener Volksgruppen verantwortlich waren und – heute noch immer an der Macht – oft durch unendliche Korruption eine neue demokratische Ordnung behindern. Ihre Verbrechen wurden dokumentiert und immer wieder in verschiedenen Gremien und auf Kongressen angesprochen.

Wiederholt konnten wir dazu beitragen, dass mit dem Tod bedrohte tschetschenische Menschenrechtler aus Russland ins sicherere Westeuropa kommen konnten. Als 300.000 Tamilen in den Lagern Sri Lankas gefangen waren, sprachen wir mit Vertretern des Auswärtigen Amtes und europäischer Botschaften und drangen auf ein stärkeres Engagement Europas für die Freilassung der unschuldig Eingesperrten. Mitarbeiter der GfbV begleiteten Repräsentanten des Ashaninka-Volkes aus Brasilien zum Menschenrechtsausschuss des Bundestages und unternahmen umfangreiche Protest- und Newsletter-Aktionen für die Rückgabe von Land der Mapuche in Chile. Unser Koordinator für die indischen Adivasi informierte u.a. auf dem Bremer Kirchentag über die Christen-Verfolgung von Teilen dieser Volksgruppen. Unser Afrika-Referat unternahm immer wieder Initiativen, damit der mit internationalem Haftbefehl gesuchte sudanesischer Diktator Omar Hassan Al-Bashir vor Gericht festgenommen wird. Bashir ist für die Vernichtung von 400.000 Einwohnern von Darfur und Millionen Angehörigen der schwarz-afrikanischen Völker des Südsudan und der Nuba-Berge verantwortlich.

Auf vielfache Weise nutzten wir unseren beratenden Status bei den Vereinten Nationen und den mitwirkenden Status beim Europarat: Rebecca Sommer in New York, Ulrich Delius in Genf und André Rollinger in Straßburg.

In diesem Jahresbericht stellen wir ausgewählte Kampagnen unserer Menschenrechtsarbeit 2009 vor. Gern stehen wir für Fragen auch zu unseren Arbeitsschwerpunkten, die wir hier nicht ausführlich darstellen oder erwähnen konnten, zur Verfügung. Unseren Mitgliedern, Förderern, Spendern, ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern danken wir noch einmal ganz herzlich für Ihre Unterstützung und Ihren Einsatz.

Ihr

Tilman Zülch

Tilman Zülch



EUROPA

Flüchtlinge „Deutschland ist mein Zuhause!“

Mit dieser Schlagzeile machten wir gemeinsam mit Kindern von Roma aus dem Kosovo und christlichen Familien aus Syrien auf dem 32. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Bremen auf die drohende Abschiebung langjährig geduldeter Flüchtlinge aufmerksam und sammelten Unterschriften für ihr Bleiberecht. Es gelang uns, unsere Forderung auf einer Großveranstaltung mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) vorzutragen. Dies war der Auftakt zu unserer breit angelegten Kampagne für die etwa 100.000 langjährig in Deutschland geduldeten Flüchtlinge und ihre Kinder, die meist hier geboren und aufgewachsen sind. Die meisten von ihnen gehören bedrohten Minderheiten an. Wir kämpfen dafür, dass sie endlich eine dauerhafte und uneingeschränkte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis bekommen.



Plakat (Ausschnitt) zur bundesweiten Weihnachtsaktion

Begleitend zu unserer Kampagne publizierten wir die Schwerpunktausgabe „Tausende Flüchtlingskinder von Abschiebung bedroht“ unserer Zeitschrift „pogrombedrohte Völker“. Die GfbV-Referentin für Südosteuropa und Flüchtlinge, Jasna Causevic, schickte unseren Appell an die Bundesregierung „Beschützen Sie unsere Flüchtlingskinder“ mit der Bitte um Unterzeich-

nung an Parteien, Rechtsanwälte, Flüchtlingsräte, Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Verwaltungsgerichte, Prominente und viele Institutionen. Wir organisierten Mahnwachen und Demonstrationen für das Bleiberecht der Flüchtlinge u.a. in Bremerhaven, Bremen, Hannover und Göttingen.

Unser verstärktes Engagement galt dabei den rund 10.500 „ausreisepflichtigen“ Kosovo-Roma, die durch das deutsch-kosovarische Rückübernahmeabkommen akut bedroht sind. Ununterbrochen informierten wir Presse, Juristen, Behörden und die Öffentlichkeit über die unerträgliche Lage der Angehörigen dieser Volksgruppe im Kosovo und konnten in einigen Fällen Abschiebungen verhindern. Einige Male mussten wir jedoch auch ohnmächtig mit ansehen, wie Roma in eine ungewisse Zukunft deportiert wurden.

Kosovo Zähes Ringen um Auflösung bleiverseuchter Flüchtlingslager

Schwere Vorwürfe erhob die GfbV International gemeinsam mit der Kosovo Medical Emergency Group (KMEG) gegen internationale und nationale Behörden im Kosovo. Noch immer müssen Roma, Aschkali und Kosovo-Ägypter in zwei mit giftigen Schwermetallen verseuchten Flüchtlingslagern bei Nord-Mitrovica/Mitrovicë ausharren, kritisierten wir in unserem neuen Hintergrundbericht „Dossier of Evidence“ (www.toxicwastekills.com). Darin bekräftigten wir unsere Forderung nach sofortiger Evakuierung der Lager und adäquater medizinischer Behandlung der Flüchtlinge. Nach jahrelangem Ringen erreichten wir 2009 schließlich, dass ein Team von Wissenschaftlern des Fluvio Institute of Geography and Earth Science der Universität von Wales im Auftrag des britischen Außenministeriums Boden-, Wasser- und Haarproben aus den beiden Lagern und dem Roma-Viertel (Mahalla) im benachbarten Mitrovica untersuchten. Ihre Ergebnisse drängen genauso wie bereits vorhandene umweltmedizinische Gutachten, die im Auftrag der GfbV erstellt wurden, auf die sofortige Schließung der Lager Osterode und Cesmin Lug und die Umsiedlung der Flüchtlingsfamilien in die Roma-Mahalla. Diese müsste vor einer Umsiedlung gründlich saniert werden.

Bosnien und Herzegowina Rückhalt für überlebende Genozidopfer

Bestrafung der Kriegsverbrecher und Rückhalt für die überlebenden Völkermordopfer waren auch im vergangenen Jahr Schwerpunkte unserer Menschenrechtsarbeit für Bosnien-Herzegowina. Als die EU-Staaten den Visumszwang für Staatsbürger Serbiens, Montenegros und Mazedoniens aufhoben, mahnte die GfbV in Pressemitteilungen und Schreiben an die Europäische Kommission sowie die Regierungen der UN-Staaten - darunter auch Deutschlands -, die Staatsbürger Bosniens nicht doppelt zu strafen und auch für sie die Grenzen zu öffnen. Gemeinsam mit dem „Zentrum für Politische Schönheit“ und Überlebenden aus Srebrenica erinnerten wir zum 14. Jahrestag des Massakers vor dem Reichstagsgebäude in Berlin daran, dass CDU/CSU, SPD, FDP, GRÜNE und PDS eine rettende Intervention abgelehnt hatten. Aktionskünstler inszenierten aufrüttelnd das Versagen des UN-Krisenstabes 1995. Anlässlich des Prozessauftaktes gegen Serbenführer Radovan Karadzic in Den Haag organisierte die GfbV eine Mahnwache vor dem Kriegsverbrechertribunal. Zutiefst erschüttert von der Erinnerung an die gewaltsame Trennung ihrer Familien und Ermordung ihrer Angehörigen kam es unter den extra aus Bosnien angereisten etwa 150 Srebrenica-Müttern, den Vertretern der 70 Opferverbände aus Prijedor, Brcko, Zvornik, Kotor Varos und Vlasenica, des Verbandes der Lagerhäftlinge und der vergewaltigten Frauen aus Visegrad und Foca zu bewegenden Szenen.



Srebrenica-Mütter demonstrieren mit der GfbV in Den Haag
Foto: James Albert/GfbV

Brennpunkt Tschetschenien und Nachbarrepubliken

Im April 2009 erklärte Russland seinen Antiterror-einsatz in Tschetschenien für beendet. Seitdem hat sich die Sicherheitslage dort massiv verschlechtert. Staatliche Willkür und Gewalt sowie Gegenterror haben zugenommen. Schockiert musste die GfbV die Morde an den engagierten Menschenrechtlerinnen Natalja Estemirowa von der Organisation „Memorial“ und Zarema Sadulajewa sowie ihres Ehemannes von „Retten wir die Generation“ zur Kenntnis nehmen. Bis heute sind die Täter auf freiem Fuß. Die GfbV protestierte gegen diese entsetzlichen Verbrechen mit Mahnwachen, Briefen und Presseerklärungen.



Unser Kampagnenblatt im September anlässlich der Ermordung von Zarema Sadulajewa, Mitglied des „Tschetschenischen zivilgesellschaftlichen Forums“, das die GfbV in der Schweiz gegründet hat

Da wir außerdem ein internationales „Urgent Action Network“ für Menschenrechtsverteidiger gründeten, ist es uns gelungen, in besonders schwierigen Fällen zu helfen und bedrohte Menschenrechtler aus Russland nach Westeuropa zu holen. Unsere Referentin für die GUS-Staaten, Sarah Reinke, verfasste ein Memorandum über die aktuelle Lage in Tschetschenien, Ingu-schetien und Dagestan. Mehrere Flüchtlingsfamilien auch aus Georgien und Armenien suchten bei uns Rat. Wir unterstützten sie mit umfangreichen Stellungnahmen für ihre Asylverfahren. Außerdem nahmen wir uns der tschetschenischen Flüchtlinge in Polen an, informierten die Medien über ihre kaum erträgliche Lage und wandten uns an Behörden und Botschaften. Als uns unsere tschetschenischen Freundinnen, die Menschenrechtlerinnen Lipkan Basajewa und Zainap Gaschajewa, über die schwere Erkrankung eines tschetschenischen Mädchens berichteten, übernahmen wir die Finanzierung für ihre dringend notwendige Herzoperation.

NAHOST

Irak Unterstützung für christliche Assyrer-Aramäer-Chaldäer

Tatkräftige Hilfe für die in Deutschland eintreffenden Irak-Flüchtlinge war einer unserer Schwerpunkte 2009. Im März kamen die ersten Assyrer-Aramäer-Chaldäer und Mandäer im niedersächsischen Grenzdurchgangslager Friedland an. Wir unterstützen viele von ihnen bei der Wohnungssuche, vermittelten Kontakte zu Landsleuten und Kirchengemeinden in verschiedenen Bundesländern. Unser Nahostreferent Dr. Kamal Sido begleitete Journalisten zu Gesprächen mit den Neuankömmlingen. Beim Besuch von Jürgen Trittin in Friedland baten wir den Grünen-Politiker persönlich, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass mehr Glaubensflüchtlinge aus dem Irak zu uns kommen dürfen. Denn leider wurde unsere Liste des Terrors gegen Christen im Irak auch 2009 wieder länger. Deutschland hat bisher nur 2.500 besonders Hilfsbedürftige aufgenommen, obwohl in Syrien, Jordanien und Irakisch-Kurdistan die Aufnahmekapazitäten seit langem erschöpft sind.



Die GfbV begrüßt die Neuankömmlinge am 19. März in Friedland
Foto: Arne Hillerns/GfbV

Vorbildliche Verfassung für Irakisch-Kurdistan

Die neue Verfassung von Irakisch-Kurdistan hat Vorbildcharakter für die Nationalitäten- und Minderheitenpolitik im Nahen Osten. Sie ist auch ein Ergebnis der GfbV-Arbeit. Die Rechte aller größeren in Irakisch-Kurdistan lebenden Volksgruppen sind sowohl aus-

drücklich in der in der ersten Lesung verabschiedeten Verfassung als auch im Wahlgesetz verankert, bis hin zum Recht auf Selbstverwaltung und Glaubensfreiheit. Zu den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Autonomen Bundesstaat Irakisch-Kurdistan am 25. Juli entsandte die GfbV mehr als zehn Beobachter, die ethnischen und religiösen Minderheiten angehören.

Am 17. August besuchte der deutsche Generalkonsul das Büro der GfbV-Sektion Kurdistan/Irak in Arbil. Er hob die Bedeutung unserer Arbeit für ein friedliches Zusammenleben von Kurden und Nichtkurden im Nordirak hervor. Jahrelang haben wir die deutsche Bundesregierung bei jeder Gelegenheit dazu gedrängt, in Irakisch-Kurdistan eine diplomatische Vertretung zu eröffnen und so ein Zeichen auch für die deutsche Wirtschaft zu setzen, sich in diesem sicheren und friedlichen Teil des Irak zu engagieren.

Türkei Für die Gleichberechtigung der Kurden

Der Vortrag „Europäische Standards und die Kurdenfrage: Ist die Türkei reif für die EU?“ von Sertac Bucak am 12. Mai in unserem Victor-Gollancz-Haus in Göttingen mündete in eine anregende Diskussion. Der kurdische Menschenrechtler und Politiker erläuterte dabei seine Ansichten über die widersprüchlichen Perspektiven der Kurden unter der islamisch-konservativen Regierungspartei AKP und die Bedeutung der "Kurdenfrage" für einen EU-Beitritt der Türkei.



Foto: Eva Lutter/GfbV

Alarmiert von den Plänen Spaniens, die beiden kurdischen Exilpolitiker Dr. Remzi Kartal und Faruk Doru an die Türkei zu überstellen, sandten wir Protestschriften nach Madrid. Mit Erfolg: Die spanische Regierung lenkte ein und lehnte den Auslieferungsantrag ab.

Glaubensfreiheit für Christen gefordert

Auf großes Interesse stieß unser neues Faltblatt „Das Schicksal der syrisch-orthodoxen Christen“ im Tur Abdin vor allem bei Kirchengemeinden. Wir hatten 10.000 Exemplare davon gedruckt, um über die bedrohliche Lage der assyro-aramäischen Christen im Südosten der Türkei zu informieren. Dort leben nur noch knapp 2.000 assyro-aramäische Christen. Von ihren 80 Klöstern existieren noch zwei. Das ehrwürdige Kloster Mar Gabriel musste vor Gericht um sein Land kämpfen. Christen haben Angst vor Übergriffen, denn offenbar versucht die regierende AKP, Kurden und Assyro-Aramäer der Region gegeneinander aufzuwiegeln.

Syrien Protest gegen drohende Abschiebungen

Zum Schutz der bis zu 7.000 syrischen Flüchtlinge in Deutschland - die meisten von ihnen Kurden und Assyro-Aramäer - hatte die GfbV zu einer Großdemonstration in Berlin aufgerufen und sich an den Bundesinnenminister gewandt. Er sollte das mit Syrien besiegelte Rückübernahmeabkommen aussetzen, weil sich die Menschenrechtslage dort zusehends verschlechtert. In vielen deutschen Städten - von Kiel bis Konstanz - informierte die GfbV über die bedrohliche Situation der Flüchtlinge. Bei der Veranstaltung in Konstanz übergaben wir lokalen Bundestagsabgeordneten mehr als 9.000 Unterschriften gegen die Abschiebepläne der Bundesregierung. Doch im September wurde mit den Zwangsrückführungen begonnen. Den Abgeschobenen drohen Verhaftung, Misshandlung oder Folter, einige verschwinden spurlos. Die EU jedoch nahm auf Druck der GfbV und anderer Menschenrechtsorganisationen Abstand von einer weiteren Annäherung an Syrien.

Iran Einsatz für Bahá'í und nichtpersische Volksgruppen

Die im Frühjahr 2008 inhaftierten sieben führenden Bahá'í des Iran sitzen noch immer im Teheraner Evin-Gefängnis. Sie hatten mit Kenntnis der iranischen Regierung seit Jahren eine Art „Notverwaltung“ der über 300.000 iranischen Bahá'í aufrechterhalten. Im schlimmsten Fall droht den Inhaftierten die Todesstrafe. Im Juli wandte sich die GfbV an Joschka Fischer und bat ihn, seine persönlichen Kontakte zu nutzen, um ihre Freilassung durchzusetzen. Über die Verfolgung der Glaubensgemeinschaft der Bahá'í, die im Iran als vogelfrei gelten, informierte die GfbV gemeinsam mit der Bahá'í-Gemeinde in Hannover Anfang Oktober 2009.

Am 20. Juni veranstalteten die GfbV und die Friedrich-Naumann-Stiftung die internationale Konferenz „Nationalitätenfrage und Demokratie im Iran“ in Frankfurt, die bei den Medien auf großes Interesse stieß. Themen waren vor allem die gegenwärtige Lage der nichtpersischen Volksgruppen und nichtschiiitischen Glaubensgemeinschaften und deren Zukunftsperspektiven nach der Präsidentenwahl. Dabei sei es zu massiven Wahlfälschungen gekommen, kritisierten die Konferenzteilnehmer. Besonders beklagten sie den eklatanten Anstieg der vollstreckten Todesurteile im Iran, die sich vor allem gegen Minderheiten wandten.

Israel/Palästina Aufklärung der Kriegsverbrechen im Gaza-Krieg gefordert

In unserer Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ veröffentlichten wir kritische Beiträge über den „Gaza-Krieg“ 2008/2009, darunter die Ergebnisse des Berichts der Fact-Finding-Mission der Vereinten Nationen unter Richter Richard Goldstone. Im Gaza-Krieg waren 1.400 Palästinenser getötet worden, unter ihnen ein Drittel Frauen und Kinder. Auch 13 Israelis kamen ums Leben. Die GfbV hat immer wieder betont, dass der Nahe Osten Frieden braucht - für Israel und Palästina. Sie hat auch festgestellt, dass ohne den Rückzug aus jenen Teilen Palästinas, die 1948 „übrig geblieben“ sind, ein Frieden zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn nicht erreicht werden kann.

AFRIKA

Sudan

Aktionen gegen das Verdrängen der Verbrechen in Darfur

Die katastrophale Menschenrechtslage im Sudan stand auch im Jahr 2009 im Zentrum unserer Afrika-Arbeit. Zum 6. Jahrestag des Beginns des Völkermords in Darfur forderten wir mit einer Aufsehen erregenden Menschenrechtsaktion in Berlin ein Ende der Untätigkeit der Europäischen Union: Wir bauten vor dem Brandenburger Tor ein Doppelbett auf, in dem zwei unserer Mitarbeiter verkleidet als Bundeskanzlerin Angela Merkel und EU-Ratspräsident und französischer Staatschef Nicolas Sarkozy unter einer Europa-Fahne lagen. Betont lustlos blätterten sie in den 8.000 Seiten der Menschenrechtsreporte über Darfur, die seit 2006 veröffentlicht wurden. Das Foto ging durch viele Medien und erregte Aufmerksamkeit für einen Konflikt, den die Öffentlichkeit mehr und mehr vergisst. Durch Mitarbeit bei Kino- und Fernsehfilmen, in vielen Radio-Interviews, durch Menschenrechtsaktionen, E-Mail-Kampagnen und Vorträge schufen wir Öffentlichkeit für die drei Millionen Vertriebenen im Westen des Sudan, die noch immer auf Rückkehr in ihre Heimatdörfer warten.



Als der Internationale Strafgerichtshof im März 2009 Haftbefehl gegen den sudanesischen Staatspräsidenten Omar Hassan al Bashir erließ, regten sich viele kritische Stimmen. Politiker warfen dem Gericht mangelnden Realismus vor. In einer detaillierten Dokumentation erinnerten wir daran, dass das Gericht sich jahrelang darum bemüht hatte, die Straflosigkeit in

Darfur zu beenden, ohne direkt gegen Bashir vorzugehen. Die internationale Gemeinschaft hatte dies nur zögerlich unterstützt. Deshalb musste das Gericht schließlich ein klares Zeichen setzen. Verärgert wiesen die sudanesischen Behörden viele internationale Helfer aus und machten die eigene, Not leidende Bevölkerung zu Geiseln in der Auseinandersetzung um den Haftbefehl. Afrikanische Regierungen ignorierten ihn weitgehend, Bashir nutzte ihn, um sich im eigenen Land als „Opfer einer internationalen Verschwörung“ zu präsentieren.

Warnung vor neuer Kriegsgefahr im Südsudan

In mehreren Presseerklärungen warnten wir vor einer Gewalteskalation im Südsudan. Dort gibt es Streitigkeiten um Vieh, Weideland und Zugang zu Wasser. Wir wiesen darauf hin, dass 2009 rund 3.000 Südsudanesen bei Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen zu Tode kamen. Indizien deuten darauf hin, dass auch die sudanesischen Regierung die Gewalt schürt, um die für Januar 2011 geplante Volksabstimmung über die Zukunft des Südsudan zu verhindern. In einem Brief an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages warnten wir gemeinsam mit anderen Menschenrechts- und Hilfsorganisationen vor einem Scheitern des Friedensabkommens für den Südsudan und der für Januar 2011 geplanten Volksabstimmung über die Zukunft der Region, die noch immer unter den Folgen von 38 Jahren Völkermord und Krieg leidet. Aufgrund unseres viel beachteten Alarmrufes musste das Auswärtige Amt seine Sudan-Politik vor dem Bundestag rechtfertigen und lud uns zu einem Gespräch mit Staatsminister Gernot Erler ein. Dabei forderten wir, für die Zivilbevölkerung im Südsudan wirksameren Schutz durchzusetzen. In mehreren Veranstaltungen mit Bundestagabgeordneten mahnten wir ein größeres Engagement für Frieden im Sudan an. Vier Bundestagsfraktionen verständigten sich daraufhin auf eine gemeinsame Sudan-Resolution. In dieser beschlossen sie, sich für freie und faire Wiederwahlen einzusetzen sowie den Friedensprozess zu begleiten.

Äthiopien

Zusammenarbeit mit autoritärem Regime scharf kritisiert

In vielen Interviews und Presseerklärungen wies der Leiter unseres Asien/Afrika-Referates, Ulrich Delius, auf die katastrophale Menschenrechtslage von Oromo und Somalis in Äthiopien hin. Mehrfach forderten wir von den europäischen Regierungen, jede weitere Entwicklungshilfe von einer Besserung der Menschenrechtslage abhängig zu machen. Die britische Regierung griff einige der Vorwürfe auf und beschuldigte Äthiopien schwerer Menschenrechtsverletzungen. Doch die meisten anderen Regierungen hielten an ihrer Entwicklungszusammenarbeit fest, da sie das autoritäre Regime von Meles Zenawi als Bollwerk gegen somalische Islamisten sehen.

Mehrfach verlangten wir außerdem, dass äthiopische Soldaten für Kriegsverbrechen zur Verantwortung gezogen werden, die sie in Somalia begangen haben. Das Nachbarland gilt heute als größter humanitärer Krisenherd der Welt. 2009 flohen erneut mehrere hunderttausend Somalis vor der zunehmenden Gewalt. Äthiopien und Eritrea führen in dem Land einen blutigen Stellvertreterkrieg, der ethnische Spannungen schürt. Auf unsere Initiative drängten deutsche Menschenrechts- und Hilfsorganisationen das Auswärtige Amt zu mehr Engagement für Menschenrechte, Frieden und Wiederaufbau in Somalia.

Westsahara

Marokko lässt inhaftierte Menschenrechtler frei

Erfolgreich setzten wir uns im Dezember 2009 für die Menschenrechtlerin Aminatou Haidar aus der von Marokko besetzten Westsahara ein. Ihr war nach einer Auslandsreise von marokkanischen Behörden die Rückkehr in ihre Heimat verweigert worden. Sie trat in einen mehrwöchigen Hungerstreik und wurde von massiven internationalen Protesten gegen die Willkür Marokkos unterstützt. Die Regierung musste schließlich einlenken und ihr die Wiedereinreise gestatten. Weniger nachgiebig war das Königreich jedoch im Fall von sieben Menschenrechtlern aus der Westsahara, die im Oktober 2009 festgenommen wurden. Ihnen soll vor einem Militärgericht der Prozess gemacht werden. Nach monatelangen Bemühungen konnten wir durchsetzen, dass wenigstens vier der Verhafteten freigelassen wurden.

Andere Afrika-Themen in Stichworten

Gemeinsam mit Kabylen aus Algerien informierten wir in mehreren Veranstaltungen über die Hintergründe der Verweigerung kultureller Rechte für die Masiren, die ebenfalls zu den Berbern gezählt werden. In Appellen an die Regierung Algeriens forderten wir eine Bestrafung der Sicherheitskräfte, die bei Protesten der Masiren 2001 mehr als 120 Demonstranten erschossen hatten. In Menschenrechtsreporten, Presseerklärungen und Interviews wiesen wir auf die schwierige Lage der Tuareg hin, die erneut unter den Folgen einer Dürre sowie unter der Missachtung ihrer Rechte leiden. Uranbergbau, Antiterror-Krieg, Klimawandel und Landverlust durch die Erschließung neuer Rohstoffvorkommen bedrohen akut ihr Überleben. Auf dem Africa Festival in Würzburg informierten wir auf einer Podiumsdiskussion über das Ringen der indigenen Völker Zentralafrikas um die Anerkennung ihrer Rechte.

ASIEN

Sri Lanka Fürsprache für unschuldige tamilische Zivilisten

Erleichtert atmete die internationale Staatengemeinschaft auf, als der Bürgerkrieg in Sri Lanka im Mai 2009 nach mehr als 20 Jahren beendet wurde. Die wegen ihres rücksichtslosen Vorgehens gegen die Zivilbevölkerung gefürchtete Befreiungsbewegung „Tiger von Tamil Eelam“ war zerschlagen. Die meisten Regierungen ignorierten jedoch, dass der Krieg in einem Blutbad endete und die Behörden Sri Lankas sich nicht um einen dauerhaften Frieden bemühten. Diskriminiert und unter Pauschalverdacht der Unterstützung des „Terrorismus“ wurden die Tamilen im Norden des Landes noch immer Opfer von Menschenrechtsverletzungen.



Titelfoto unseres Mailings im November: Unter unsäglichen Bedingungen wurden Ende November 2009 noch immer 135.000 tamilische Bürgerkriegsflüchtlinge auf Sri Lanka in Internierungslagern festgehalten. Foto: Henk Braam

Gemeinsam mit Tamilen im deutschen Exil organisierten wir im Sommer 2009 Demonstrationen in mehreren Städten. So machten wir auf die dramatische Lage der 300.000 Zivilisten aufmerksam, die monatelang unter unmenschlichen Bedingungen in Internierungslagern festgehalten wurden. Dort fehlte es an medizinischer Betreuung, Medikamenten, frischem Wasser und Toiletten. Niemand durfte in die Lager hinein, niemand hinaus. Und keine Regierung hatte sich bis dahin für die geschundenen Menschen eingesetzt. In Gesprächen mit dem Auswärtigen Amt und europäischen Botschaften drangen wir auf ein stärkeres Engagement Europas für die Freilassung der unschuldig Internierten. Der stellvertretende Botschafter Schwedens sicherte Hilfe zu. Auf Initiative

seines Landes, das die europäische Ratspräsidentschaft inne hatte, forderte die EU schließlich öffentlich sofortige Freiheit für die Zivilisten. Drei Tage später wurden die ersten Camps geöffnet, und innerhalb von zwei Monaten kamen 200.000 Tamilen frei.

Bislang konnten wir noch nicht durchsetzen, dass die Verantwortlichen für Kriegsverbrechen, denen in den letzten Monaten des Bürgerkriegs mehrere zehntausend Tamilen zum Opfer gefallen waren, vor Gericht zur Rechenschaft gezogen werden. China lehnte im UN-Menschenrechtsrat eine unabhängige Untersuchung der schweren Menschenrechtsverletzungen ab und schützte so die Kriegsverbrecher. Trotz öffentlicher Proteste und mehrfacher Appelle an die deutschen Behörden konnten wir nicht verhindern, dass nun Generalmajor N. A. J. C. Dias, der der Kriegsverbrechen verdächtigt wird, an der Botschaft Sri Lankas in Berlin als stellvertretender Gesandter arbeitet.

China Erfolgreiche Informations- kampagne für Uiguren

Seit 15 Jahren weisen wir auf dramatische Menschenrechtsverletzungen an Uiguren im Nordwesten Chinas hin und warnen vor der Zuspitzung ethnischer Spannungen in Ostturkestan, wie sie ihre Heimat in der Provinz Xinjiang nennen. Nach der gewaltsamen Niederschlagung friedlicher Proteste der Uiguren kam es im Juli 2009 zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen dieser verfolgten Muslime und zugewanderten Han-Chinesen. Gemeinsam mit Exil-Uiguren organisierten wir Proteste gegen die systematische Zerstörung ihrer Kultur, die Behinderung ihrer Religionsausübung und die staatlich geförderte Zuwanderung von Han-Chinesen in Deutschland. In vielen Interviews erläuterte der Leiter des GfbV-Asienreferates, Ulrich Delius, die Hintergründe der Unruhen. Wenige Tage vor deren Ausbruch hatten wir einen Report über die von chinesischen Behörden geplante Zerstörung des historischen Stadtkerns von Kashgar in Ostturkestan veröffentlicht. In einer E-Mail- und Postkarten-Aktion forderten wir die UN-Kulturorganisation UNESCO auf, die Zerstörung der alten Oasen-Stadt abzuwenden und sie als Weltkulturerbe zu schützen.

Im Oktober 2009 luden wir die Präsidentin des Weltkongresses der Uiguren, Rebiya Kadeer, zur Frankfurter Buchmesse ein, die das offizielle China zum Ehrengast erklärt hatte. Obwohl unser Informationsstand dort aus Kostengründen zu den Kleinsten zählte, war er sicherlich einer der Auffälligsten und wurde besonders häufig besucht. Er war einer Gefängniszelle nachgebaut, in der die in Deutschland lebende chinesische Schriftstellerin Xu Pei über die Verletzung der Menschenrechte von Autoren in China informierte. Der Stand fand viel Anerkennung bei den Besuchern. Unser anlässlich der Buchmesse veröffentlichter, detaillierter Bericht über die Verfolgung von mehr als 130 tibetischen, uigurischen, mongolischen und chinesischen Schriftstellern durch Peking wurde vielfach in den Medien zitiert. Führende internationale Tageszeitungen auch aus Großbritannien, Frankreich und Brasilien sowie Fernseh- und Radiosender aus dem In- und Ausland berichteten darüber. Kadeers Besuch auf der Messe, auf der sie wie ein Staatsgast behandelt wurde, wurde von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ als der Höhepunkt der Proteste der Kritiker gewürdigt. Auf einer von der GfbV organisierten Podiumsdiskussion wurde die Uigurin von den Besuchern mit Ovationen gefeiert.



Links: Das Gefängnis als zentrales Element auf dem Stand der GfbV auf der Frankfurter Buchmesse
Foto: Eva Lutter/GfbV

Unten: Die uigurische Menschenrechtlerin Rebiya Kadeer (rechts) und die tibetische Aktivistin Dalha Agyitsang begegneten sich beim GfbV-Podiumsgespräch.
Foto: Katja Wolff/GfbV



Afghanistan

Nach Todesurteil Freiheit für Journalisten erkämpft

Nach monatelangen Bemühungen konnten wir die Freilassung des unschuldig zum Tode und später zu langjähriger Haft verurteilten afghanischen Journalisten Parvez Kaambakhsh durchsetzen. In seinem Fall hatte unser Afghanistan-Experte Tillmann Schmalzried zahlreiche Regierungen und führende Politiker in der Europäischen Union mobilisieren können, die sich auf höchster Ebene für den jungen Mann engagierten. Leider verweigern ihm die afghanischen Behörden bis heute Gerechtigkeit, denn das Unrechtsurteil wurde nicht aufgehoben. Kaambakhsh wurde lediglich von Präsident Hamid Karsai begnadigt. Außerdem recherchierten und dokumentierten wir politisch motivierte Morde und Vertreibungen von Angehörigen ethnischer Minderheiten wie die Paschtunen in Afghanistan. In Radio- und Fernsehinterviews forderten wir ein Ende der Straflosigkeit von Warlords, die mit ihrem Terror die Zivilbevölkerung einschüchtern und sowohl zu den Partnern der afghanischen Regierung als auch der Bundeswehr zählen.

Andere Asien-Themen

in Stichworten

2009 organisierte die GfbV natürlich auch Aktionen für von chinesischen Behörden verfolgte Tibeter, Mongolen und Falun-Gong-Anhänger. Weitere Schwerpunkte unserer Asien-Arbeit waren die Kriegsverbrechen an Angehörigen der Nationalitäten Burmas, die Zerstörung des Lebensraumes von Papua-Völkern im Osten Indonesiens, das Schicksal von mehr als 100.000 vertriebenen Bhutanesen in Nepal, die anhaltende Straflosigkeit für Verbrechen an der muslimischen Minderheit der Patani im Süden Thailands und die zögerliche Strafverfolgung von Hindu-Extremisten, die für Pogrome an christlichen Adivasi-Ureinwohnern in Indien (s. Kapitel Indigene Völker) verantwortlich sind.

INDIGENE VÖLKER

Brasilien

Indianische Delegierte treffen deutsche Politiker

Im Mai/Juni 2009 kamen die Ashaninka-Repräsentanten Moisés und Benki Piyāko aus dem Amazonasgebiet nach Deutschland. Begleitet von unserer Brasilien-Expertin Dr. Eliane Fernandes-Ferreira von der GfbV-Regionalgruppe Hamburg, berichteten die beiden in Bremen, Hamburg, Münster, Berlin und Göttingen vor fasziniertem Publikum über ihr Ausbildungszentrum für Erziehung, Kultur und Umwelt. Sie schilderten zudem die Probleme mit illegalen Holzfällern und zeigten ihren preisgekrönten Film „We struggle but we eat fruit“. In Berlin hatten wir für sie Gespräche mit Vertretern des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe vereinbart. Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung stellte für sie den direkten Kontakt zur Deutschen Botschaft in Brasilien her, von der sich die Indianer Unterstützung erhoffen.



Ashaninka-Führer Benki und Moises Piyāko, Foto: Eliane Fernandes

Die beiden Ashaninka sprachen auch für ihre „unsichtbaren Verwandten“ vor, die kleinen Völker in freiwilliger Isolation. Diese haben den Holzfällern, die von Peru aus vordringen, nichts entgegenzusetzen. Beim alljährlichen Versand unserer Spendenbescheinigungen baten wir all unsere Unterstützer, an den peruanischen Präsidenten zu schreiben mit dem Appell, diese kleinen Völker zu schützen. Außerdem protestierten wir gegen die Ureinwohnerpolitik Paraguays, die mehrere isoliert lebende Gruppen auf dem Land der Ayoreode existentiell gefährdet.

Anfang Dezember organisierten wir für eine dreiköpfige indianische Delegation aus mehreren Bundesstaaten Brasiliens Gespräche mit Politikern und Journalisten in Berlin sowie eine Tagung mit Vertretern der wichtigsten deutschen Brasilien-Unterstützerorganisationen. Unsere Gäste warben für den 2005 gegründeten Dachverband der indigenen Organisationen Brasiliens APIB, der bislang nur von Norwegen gefördert wird.

Peru

UN sollen vermitteln

In Peru eskalierten die lange schwelenden Auseinandersetzungen zwischen Tieflandindianern und der Regierung. Bei der gewaltsamen Auflösung einer Straßenblockade der Indianer gegen die Erschließung ihres Landes für die Erdöl- und Erdgasförderung im Juni 2009 fanden mindestens 30 Menschen den Tod – Indianer und Sicherheitskräfte. Wir alarmierten die Medien und schrieben an die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Navanethem Pillay. Sie solle eine sofortige Untersuchung des Gewaltausbruchs in die Wege leiten und für eine Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Regierung und Indianern unter dem Schirm der UN sorgen.

Australien

Öffentlichkeitsarbeit für Aborigines

Im Westen Australiens fürchten die Nyungah-Aborigines aus dem Swan Valley bei Perth um den Erhalt des Monolithen Owls Head (Gogomith). Der riesige Stein ist ihnen heilig. Er könnte durch einen Steinbruch der Firma Hanson vom HeidelbergCement-Konzern, einem Weltmarktführer für Baustoffe, zerstört werden. Die GfbV-Referentin für indigene Völker, Yvonne Bangert, dokumentierte den Fall. Gemeinsam mit dem ehrenamtlichen Deutschlandsprecher der Nyungah, Georg Dehn (Leipzig), beteiligten wir uns an den Vorbereitungen einer deutschsprachigen Website der Swan-Valley-Nyungah, die noch im Aufbau und nicht freigeschaltet ist.

Chile Rückgabe von Mapuche-Land gefordert

Weil die chilenische Regierung unter Präsidentin Michelle Bachelet es ablehnte, eine Delegation von 100 Mapuche zu Verhandlungen über die Landrechtsfrage zu empfangen, kam es erneut zu Landbesetzungen durch die Indianer. Um auf ihre Ansprüche aufmerksam zu machen, zünden ab und zu meist recht junge, unbewaffnete Mapuche Heuballen oder Arbeitsgerät der Großgrundbesitzer an. Bei einer solchen Aktion wurde ein junger Indianer im August 2009 hinterücks erschossen. Wir informierten die mehr als 8.000 Abonnenten unseres E-Mail-Newsletters über seinen tragischen Tod und baten sie, mit uns an Bachelet zu appellieren, die Landrückgabe an die Mapuche endlich zügig umzusetzen.

Weitere Schwerpunkte im Referat Indigene Völker

Rege Beteiligung fand im Herbst unsere Newsletter-E-Mail-Aktion für den zum Tode verurteilten Afroamerikaner Mumia Abu Jamal. Er wird des Polizistenmordes beschuldigt. Wie die GfbV setzt sich auch Amnesty International dafür ein, dass er einen neuen, fairen Prozess erhält. Zum UN-Tag der indigenen Völker zogen wir in einem zehnteiligen Memorandum Bilanz zur Stellung der Ureinwohner im Völkerrecht. Der Kichwa-Gemeinde Sarayacu in Ecuador, die zum Schutz gegen Ölfirmen die Grenze ihres Territoriums mit blühenden Gehölzen markiert, konnten wir viele Baumpatenschaften vermitteln. Gegen die gewaltsame Vertreibung von Guarani in Mato Grosso do Sul in Brasilien starteten wir im Herbst eine E-Mail-Aktion für die rasche Anerkennung ihrer Landrechte. Die GfbV informierte auf dem McPlanet-Kongress in Berlin u.a. über die negativen Auswirkungen von Maßnahmen gegen den Klimawandel auf indigene Völker wie die Produktion von Ölfrüchten für Biosprit oder Emissionshandel. In einem Aufruf an interessierte Kreise baten wir zum Jahreswechsel um Unterstützung für die Yuracaré im Tiefland Boliviens. Kokabauern aus dem Hochland machen ihnen ihr Land streitig.

Indien Fact-Finding-Mission zu vertriebenen Adivasi

Die Fact-Finding-Mission der GfbV zu den von fanatischen Hindus vertriebenen christlichen Adivasi/Ureinwohnern im indischen Bundesstaat Orissa im Frühjahr 2009 brachte bedrückende Ergebnisse. Zwar waren von den zuvor rund 54.000 Flüchtlingen nur noch etwa 3.000 in Lagern untergebracht. Doch in ein Drittel der Dörfer konnte damals noch kein Adivasi zurückkehren, auch in anderen Ortschaften war die Lage extrem angespannt. Im August 2008 hatten Hindus 315 Adivasi-Dörfer überfallen, fast 5.000 Häuser und 252 Kirchen zerstört. Mindestens 38 Adivasi wurden getötet.

Wir stellten den umfangreichen Bericht unseres Indienexperten James Albert über die Christenverfolgung in Indien auf dem Bremer Kirchentag vor und warnten in Pressemitteilungen sowie Interviews vor einem Erstarren des Hindu fundamentalismus auf dem Subkontinent. Das „Indian Social Institute“ lobte den GfbV-Bericht als beste Recherche zu dem Thema. Da die politische Führung des Landes die Pogrome herunterspielte, war unsere Dokumentation eine wertvolle Unterstützung für Rechtshilfeorganisationen wie HRLN (Human Rights Law Network), die für die Bestrafung der Mörder, Brandstifter und Vergewaltiger kämpfen.



Von links: James Albert, Celestine Xaxa und Ulrich Delius im Bundesbüro der GfbV in Göttingen, Foto: Katja Wolff/GfbV

Persönlich bat uns Celestine Xaxa, ein Sprecher der Adivasi aus Rourkela in Orissa, um Unterstützung: Obwohl auf ihrem Land vor rund 60 Jahren mit deutscher Hilfe das Rourkela-Stahlwerk errichtet wurde, hatten sie weder Ersatzland noch Arbeit in dem Werk bekommen. Wir sagten zu, für Öffentlichkeit zu sorgen und im Frühjahr 2010 zum „Krisen-Kongress“ der Betroffenen nach Indien zu kommen.

Laos/Thailand

Rückschlag: Schutzsuchende Hmong abgeschoben

In enger Zusammenarbeit mit unserer Hmong-Expertin Rebecca Sommer setzten wir unsere Lobbyarbeit für die verfolgten Hmong aus Laos fort. Wir intensivierten unsere Kontakte zu Diplomaten europäischer Länder in Bangkok, da uns das Schicksal der Flüchtlinge im thailändischen Lager Phetchabun große Sorgen machte. Denn im Bestreben nach guter Nachbarschaft mit dem ressourcen- und energiereichen Laos bereitete die thailändische Regierung die „Rückführung“ aller Hmong vor. Kategorisch wurde selbst UN-Vertretern der Zugang zum Lager verweigert und behauptet, die Hmong seien Wirtschaftsflüchtlinge. Unsere Expertin hatte vor Ort jedoch herausgefunden, dass sich viele Hmong vor tödlicher Bedrohung nach Thailand gerettet hatten: Die laotische Armee verfolgt selbst Kinder aufgrund ihrer Verbindungen zu früheren Hmong-Kämpfern, die während des Vietnamkrieges für die US-Armee arbeiteten.

Wir verfassten Appelle, sandten Protestnoten und beschworen sogar die thailändische Prinzessin Prof. Chulabhorn Mahidol, ein gutes Wort für die Flüchtlinge einzulegen. Sie war im Oktober nach Göttingen gekommen, um die Windaus-Medaille der Universität entgegenzunehmen. Wir überreichten der Delegation der Prinzessin ein Schreiben mit unserer Bitte. Auch die thailändische Botschaft in Deutschland baten wir in einem persönlichen Gespräch, die Zwangsabschiebung zu verhindern. Doch es nützte alles nichts: Wir konnten die Rückführung der bis Weihnachten 2009 noch im Lager verbliebenen rund 4.500 Hmong nicht verhindern.



Foto: Yvonne Bangert/GfbV

Russland

Indigene Völker ringen um ihr Überleben

Für die indigene Bevölkerung in Russland wird es immer schwerer zu überleben. Bei den Evenken an der Unteren Tunguska soll ein gigantisches Wasserkraftwerk gebaut werden. Für die Itelmenen auf Kamtschatka wurden neue, viel zu niedrige Fischfangquoten festgesetzt. Außerdem soll ihre wichtigste Schule, in der noch auf Itelmenisch unterrichtet wird, geschlossen werden. Die Nenzen auf Jamal leiden unter den Folgen des Klimawandels genauso wie unter dem Bau von Öl- und Gasförderanlagen. Wir taten, was wir konnten, um diese Ureinwohnergemeinschaften bei ihrem Kampf um den Erhalt ihrer Sprache, Kultur und Lebensweise zu unterstützen: Wir schrieben Briefe an die russische Regierung und regional verantwortliche Politiker und Behörden, initiierten mehrere E-Mail-Kampagnen, informierten Journalisten und Politiker in Interviews und persönlichen Gesprächen, aber auch die Öffentlichkeit mit zahlreichen Textbeiträgen auf unserer Homepage. In unserer Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ berichteten wir darüber, dass die uralte Kultur und das Wissen dieser indigenen Gemeinschaften für immer zu verschwinden drohen.

UNO UND EUROPARAT

Vereinte Nationen Eine Stimme für bedrohte Völker bei der UNO

Von den Ainu-Ureinwohnern in Japan bis zu den Zhagawa in Darfur im Westsudan - Dutzenden bedrohten Völkern hat die GfbV 2009 bei den Vereinten Nationen (UN) eine Stimme gegeben. Wir machten auf ihre zum Teil dramatische Lage vor allem vor dem Menschenrechtsrat in Genf, aber auch in New York, dem Hauptsitz der Vereinten Nationen, aufmerksam und reichten zum Teil umfangreiche schriftliche Stellungnahmen ein: gegen die rassistische Diskriminierung der Tibeter, die Ausbürgerung von mehr als 100.000 Minderheiten-Angehörigen aus Bhutan, die religiöse Verfolgung von Christen in Eritrea, die willkürliche Verhaftung von Oromo in Äthiopien sowie Kriegsverbrechen an Somali im Osten des Landes, gegen die Bedrohung von Sami in Schweden durch neue Rohstoffprojekte und von rund 60.000 Indianern in Guyana durch Bauxit-, Gold- und Diamantminen, die Abschiebung von Hmong-Flüchtlingen aus Thailand nach Laos, für die Bestrafung von Rädelsführern ethnischer Auseinandersetzungen in Kenia, für Sprachen- und Minderheitenrechte sowie echte Religionsfreiheit für Kurden und assyrisch-aramäische Christen in der Türkei.

Zwischen 2006 und 2009 drängten wir die Staatengemeinschaft vor dem UN-Menschenrechtsrat in mehr als 70 schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen, die unser Mitarbeiter Hanno Schedler koordinierte, zum Handeln. Manchmal führte dies unmittelbar zur Verbesserung der Lage der bedrohten Gemeinschaft wie im Fall der Ainu. Wir hatten im Vorfeld eines Gipfeltreffens der Industrieländer auf Hokkaido, der Heimat dieser Ureinwohner, auf ihre jahrhundertelange Diskriminierung hingewiesen. Um ihr Ansehen zu wahren, gab die japanische Regierung den Ainu einen besseren Status als ethnische Gruppe und sicherte ihnen mehr Förderung zu.

Über unsere Initiativen im „Permanenten Forum für Indigene Angelegenheiten“ der UN informieren wir im Kapitel „Indigene Völker“.

Europarat Präsenz beim Europarat

André Rollinger aus Luxemburg ist Repräsentant unserer Menschenrechtsorganisation beim Europarat. Dort hat die GfbV als internationale Nichtregierungsorganisation (INGO, International Non-Governmental Organisation) seit 2005 mitwirkenden Status. Die Konferenz der INGOs bildet im Europarat, in dem alle europäischen Länder vom Atlantik bis zum Ural vertreten sind, deren vierten Pfeiler neben dem Ministerkomitee, der Parlamentarischen Versammlung und dem Kongress der Gemeinden und Regionen.

Die GfbV-International ist in der Menschenrechtskommission der Konferenz der INGOs präsent. 2009 konzentrierte sich diese Kommission auf die Begleitung folgender Initiativen des Europarats:

- Vorbereitungen zur Durban-Nachfolgekonferenz gegen Rassismus, Diskriminierung, Ausländerfeindlichkeit und Intoleranz
- Drei-Jahres-Programm „Minderheiten in Russland: Entwicklung der Sprachen, Kultur, Medien und Zivilgesellschaft“, das zwischen der Russischen Föderation, dem Europarat und der Europäischen Kommission vereinbart wurde
- Stärkung der Netzwerke der Zivilgesellschaft in osteuropäischen Ländern mit einem Schwerpunkt auf Weißrussland
- Erarbeitung eines Dokuments mit Empfehlungen für den Schutz von Menschenrechtlern in Russland nach einem Beratungstreffen in Kiew
- Arbeitsgruppe über religiöse Freiheit, die die Vielfalt der Beziehungen zwischen dem Staat und den Religionen in verschiedenen Ländern analysieren soll
- Vorbereitung der nächsten Europäischen Jahre: 2010 Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung sowie 2011 Jahr der ehrenamtlichen und freiwilligen Arbeit.

Zusätzliche Informationen finden Sie im Internet auf der Seite <http://www.coe.int/t/ngo/>.

AKTIONEN

AKTIONEN UND VERANSTALTUNGEN

Auf die Straße. Fertig. Los!

...hieß das Motto der GfbV 2009. Mindestens einmal im Monat demonstrierten wir zusammen mit engagierten Ehrenamtlichen vor Regierungsgebäuden, Botschaften und auf historisch bedeutenden Plätzen: Wir errichteten ein symbolisches tamilisches Flüchtlingslager vor dem Brandenburger Tor, beteiligten uns an der Straßentheater-Inszenierung des „Zentrum für politische Schönheit“ zum Gedenken an die Opfer von Srebrenica vor dem Bundestag oder ließen zwei Aktivisten als Merkel und Sarkozy verkleidet den Völkermord in Darfur verschlafen. Durch unsere eindringlichen und kreativen Straßenaktionen brachten wir Menschenrechtsverletzungen an Minderheiten auf der ganzen Welt in die Medien und in die Köpfe einiger Politiker.

Aber auch im Rahmen von Messen und Großveranstaltungen fanden wir interessiertes Publikum. Ein besonders „Highlight“ war unser China-kritischer Auftritt mit Rebiya Kadeer, der „Mutter der Uiguren“, bei der Frankfurter Buchmesse. Unseren Messestand verwandelten wir in eine Gefängniszelle für chinesische Regimekritiker, publizierten einen Report über inhaftierte Schriftsteller und verschafften den Uiguren, aber auch den Tibetern und Falun-Gong-Anhängern bei restlos gefüllten Foren auf der Messe und in den Medien Gehör.

Persönliche Begegnungen mit Sprechern bedrohter Völker für jedermann machten wir bei mehreren Informationsveranstaltungen in unserem Göttinger Bundesbüro, dem Victor-Gollancz-Haus möglich. Dabei ergab sich meist ein lebhafter Austausch auch mit Vertretern regionaler Medien. Zu Gast bei uns waren Repräsentanten der Ashaninka aus Brasilien, Kurden aus der Türkei, Indianer aus Nordamerika, Christen aus Indien und Darfuris aus dem Sudan.

Mehr als 50 Straßenaktionen, Vorträge, Lesungen, Konzerte und Tagungen organisierten und begleiteten unsere Mitarbeiter im Aktionsreferat Eva Lutter, Torsten Flader und Sandra Bremer. Sie testeten auch moderne Kommunikations- und Aktionsformen. Über

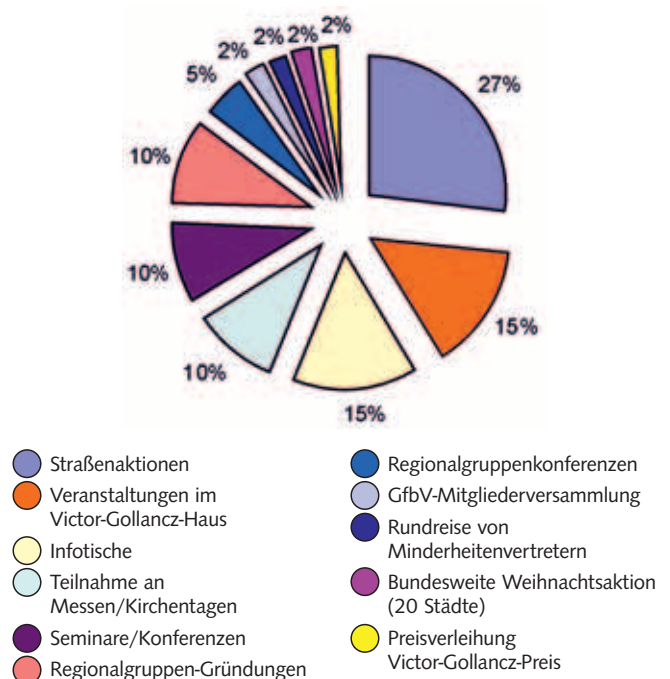
soziale Netzwerke im Internet wie Facebook und StudiVZ vernetzten wir uns mit hunderten jungen Aktiven und organisierten einen Flashmob in Hamburg. Nach dem Motto „Stell dir vor, es ist Völkermord und alle schauen zu“ verwandelten wir die Hamburger Fußgängerzone von einem Moment auf den anderen in ein an Darfur erinnerndes Schlachtfeld. Auf ein verabredetes Zeichen hin fielen alle Aktivisten „wie tot“ um und blieben für einige Minuten liegen.



Foto: Eva Lutter/GfbV

Auch 2010 möchten wir verstärkt im Internet und den „neuen Medien“ präsent sein, um darüber einfallsreiche und wirksame Aktionen zu entwickeln und Aktive zu mobilisieren.

Aktionen und Veranstaltungen 2009



REGIONALGRUPPEN

Regionalgruppen Ehrenamtliche Unterstützung: „Wir packen's an!“



Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen könnte die Arbeit der GfbV nicht funktionieren. Deshalb sind unsere Regionalgruppen (RG) ein ganz besonders wichtiger Teil unserer Menschenrechtsorganisation. Dank ihrer Mitarbeit erreichen wir eine breitere Öffentlichkeit. Denn unsere Regionalgruppen haben 2009 zahlreiche Infoabende, Konzerte, Podiumsdiskussionen, Theateraufführungen organisiert oder sich an Menschenrechtsaktionen des Bundesbüros beteiligt. Ganz besonders haben wir uns darüber gefreut, dass in Bielefeld, Paderborn und Hannover neue Gruppen gegründet wurden. So haben z.B. Hilfe suchende Flüchtlinge jetzt auch dort Anlaufstellen.



Weihnachtsaktion der Regionalgruppe Münster

Vertreter der einzelnen Gruppen treffen sich jedes Jahr an ein bis zwei Wochenenden, um sich auszutauschen, Tipps zu geben sowie an den vom Bundes-

büro organisierten Fortbildungen teilzunehmen. 2009 organisierte die RG Berlin ein Treffen mit Experten zu den Themen „Lage der Flüchtlinge am Horn von Afrika“, „Menschenrechtlicher Vergleich Türkei - Südkaukasus“ und „Die tatarischen Atomopfer. Der Nuklear-Skandal in der russischen Föderation“.

Vielleicht möchten Sie auch selbst aktiv werden? Unsere Regionalgruppen freuen sich über jede Verstärkung! Auf www.gfbv.de finden Sie eine Liste mit den Orten, in denen es bereits Gruppen gibt. Wir senden Ihnen die Liste auch gern zu. Die Arbeitsmöglichkeiten in den Gruppen sind sehr vielseitig. Dazu kann Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit gehören genauso wie detaillierte Recherchen zu Problemen verfolgter Minderheiten, die Beteiligung an GfbV-Kampagnen oder die persönliche Begegnung mit Betroffenen. Wenn Sie neu-gierig geworden sind, melden Sie sich bitte bei uns unter 0551-49906-0 oder per E-Mail an aktionen@gfbv.de.

Die Regionalgruppe Nürnberg organisierte im November die „Arktische Woche mit einer Ausstellung, Vorträgen, Diskussionsrunden und einem Sami-Konzert

ARKTISCHE WOCHE in der Stadt der Menschenrechte Nürnberg

vom **10.11.** bis **15.11.2009**

Ausstellungs-/Veranstaltungsort:
SÜDPUNKT, Pilsenerth Str. 147

Täglich ab 8.00 Uhr (Führungen ab 17.00 Uhr):
Ausstellung „Klimawandel bedroht die Ureinwohner der Arktis“

Dienstag, 10.11.2009, 19.00 Uhr:
Ausstellungseröffnung durch
Dr. Peter Pluschke, Umwelterferent

Dienstag bis Donnerstag ab 19.30 Uhr:
Vorträge und Diskussionsrunden

- Eintritt frei, Spenden erwünscht -

Freitag, 13.11.2009: Samische Kultur
Konzert mit **Angelin Tytöt aus Finnland**
Beginn: 19.30 Uhr (Einlass 18.30 Uhr)
Eintritt: 10,- € / 7,- € ermäßigt

Schirmherrschaft:
Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly

Gefördert von:
Stad Nürnberg, Kulturbüro/Unterricht

Weitere Infos: www.gfbv.de/kampagnen.php oder bei:
Central House (Saar-Länderstr. 40, 50667 Köln) • 0221 4811-111
Regionalgruppe Nürnberg • Theaterstr. 147 • 91054 Nürnberg
0911 499 06 101 • 0911 499 06 102 • 0911 499 06 103 • 0911 499 06 104
Mobil: +49 (0) 170 499060 • E-Mail: aktionen@gfbv.de

Für Menschenrechte. Weltweit.

HOMEPAGE



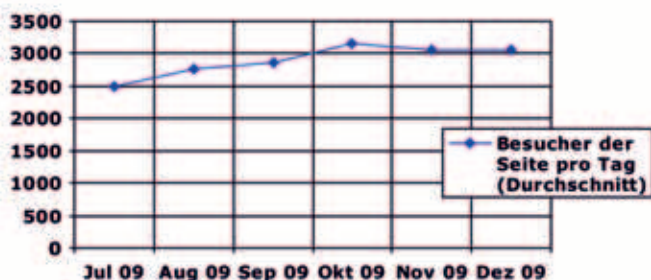
Für Menschenrechte. Weltweit.

Eines der vielfältigen Banner, die seit dem Sommer 2009 den Besuchern auf unserer Homepage unser weltweites Engagement visualisieren.

Bedeutung für die Mitgliederwerbung steigt



Die Zahl der Besucher der GfbV-Website (visits) stieg in der zweiten Jahreshälfte 2009 von 77.460 auf 97.867 pro Monat an. Deutlich zeigt sich dabei der Einfluss von öffentlichkeitswirksamen Aktionen: So registrierte die GfbV-Mitarbeiterin für „Neue Medien“ im Pressereferat, Astrid Bracht, beispielsweise nach der Frankfurter Buchmesse besonders viele visits.



Die beliebtesten Seiten, die gezielt zum Ein- oder Ausstieg angesteuert wurden, waren nach wie vor die Pressemitteilungen, E-Mail-Proteste, die Kategorien „Völker und Länder“ sowie „Veröffentlichungen“. Besonders oft werden auch die Möglichkeit „Weiterempfehlen“ und die Option „generate_rdf.php“ wahrgenommen. Letztere sendet die neuesten GfbV-Nachrichten von unserer Website als Newsletter bzw. RSS automatisch zu. Die meisten visits verzeichnet die Homepage zwischen 14 und 17 Uhr. In dieser Zeit stellte unser Webmaster Alan Sido unsere Pressemitteilungen meist online.

Bei den Suchbegriffen zeigt sich die Kompetenz der GfbV für Minderheitenthemen. Immer wieder werden als Suchbegriffe eingegeben: Yanomani, Christenverfolgung, indigenous peoples brazil, Kurde. Es zeugt von der internationalen Bedeutung der GfbV, dass sich Besucher aus mehr als 100 Ländern auf unserer Homepage informieren.

Auch für die Mitgliederwerbung und Spenden nimmt die Bedeutung unserer Internetpräsenz zu. So wurden über unsere Homepage 2009 mehr Personen Mitglied bei der GfbV als über den Postweg oder durch Veranstaltungen.

PRESSE

Gutes Medienecho 2009

2009 erzielte die GfbV ein gutes Medienecho: Die Zeitungsausschnitte, in denen der Name unserer Menschenrechtsorganisation gefallen ist, unsere Experten interviewt wurden, aus unseren Pressemitteilungen zitiert oder über unsere Aktionen, Recherchen, Reporte und Dokumentationen berichtet wurde, hat unsere Mitarbeiterin Iris Castro in zehn prall gefüllten Aktenordnern archiviert. Notiert haben wir darin auch Rundfunk- und Fernsehinterviews, die wir telefonisch, nach Pressekonferenzen, während unserer Aktionen oder aus aktuellem Anlass und auf Anforderung von Redaktionen im Studio gaben. Einige Male kamen Fernsehteams auch extra nach Göttingen in unser Victor-Gollancz-Haus, um zu drehen. Besonders gefreut haben wir uns darüber, dass in einem neuen Göttingen-Buch ein zweiseitiges Porträt unserer Menschenrechtsorganisation gedruckt wurde.



Medienansturm zur GfbV-Aktion vor dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag

Insgesamt 245 Presseerklärungen, Offene Briefe, Einladungen zu Menschenrechtsaktionen oder Pressekonferenzen wurden von unserer Pressereferentin Inse Geismar 2009 verbreitet. Die meisten wurden an die Hauptredaktionen der Medien bundesweit und die in Berlin ansässigen Politikredaktionen oder Korrespondenten verschickt. Für Pressemitteilungen, die nur für bestimmte Bundesländer interessant sind, werden regionale Verteiler mit den dortigen Zeitungs-, Rundfunk- und Fernsehredaktionen gepflegt.

Unsere themenspezifischen Presseverteiler mit Redakteuren, die sich auf einen besonderen Themenkomplex konzentrieren, konnten wir ausbauen. Denn



GfbV-Gründer Tilman Zülch im Interview

etliche Journalisten stoßen über das Internet auf uns, „akkreditieren“ sich über unsere Homepage und lassen sich in diese spezialisierten Gruppen eintragen. Mehrfach wurden wir auch von Korrespondenten aus dem Ausland um kritische Einschätzung der Lage vor Ort gebeten, oder Politikredaktionen in Deutschland boten uns an, für ihr Blatt einen Gastkommentar zu verfassen. Öffentlich-rechtliche und private Rundfunksender, aber auch nichtkommerzielle Bürgerradios, der deutsch-, englisch-, französisch-, arabisch- oder russischsprachige Dienst der Deutschen Welle oder Sender im Ausland wie Voice of America oder BBC ließen die GfbV zu Wort kommen. Einige unserer Mitteilungen erfuhren eine sehr breite Resonanz wie Anfang August unsere Warnung, dass weltweit bereits acht Millionen Ureinwohner unmittelbar vom Klimawandel bedroht sind und indigene Gemeinschaften im Pazifik mit dem Untergang ihrer Inseln rechnen müssen. Anlässlich des 70. Geburtstages von GfbV-Gründer Tilman Zülch würdigten viele Blätter sein Lebenswerk. Fast jede Zeitung ging auf unseren Mitte Oktober veröffentlichten Report über die Verfolgung kritischer Schriftsteller in China ein. Als bei Mannheim kongolesische Milizenführer verhaftet wurden, bewerteten wir dies als „Deutschland wichtigsten Beitrag zur Beendigung von Massensmord und Vertreibung im Kongo“. Dieser Kommentar schlug ebenfalls hohe Wellen.

Beispielhaft für das Echo auf eine GfbV-Kampagne sei die Medienreaktion auf unser Engagement für die Aufnahme eines Kontingents der aus dem Irak fliehenden assyro-chaldäischen Christen genannt. Bei der Ankunft der ersten Flüchtlingsfamilien im Grenzdurchgangslager Friedland veröffentlichte die Deutsche Presse-Agentur dpa eine knappe Nachricht und einen ausführlichen Korrespondentenbericht, in denen die GfbV ausdrücklich genannt wurde. Sie wurde nicht nur in Rundfunk und Fernsehnachrichten verlesen. Auch viele Zeitungen druckten die Meldung ab:



Unseren Pressespiegel von „A bis Z“ finden Sie auf unserer Homepage (Pressecenter). Vielleicht ist ja auch Ihre Tageszeitung dabei.

Aachener Nachrichten | Aachener Zeitung | Ammerländer Nachrichten | Anzeiger für Burgdorf & Uetze | Augsburger Allgemeine | Berliner Zeitung | Bersenbrücker Kreisblatt | Borkumer Zeitung | Bramscher Nachrichten | Braunschweiger Zeitung | Calenberger Zeitung | Chiemgau Online | Diester Anzeiger | Deutschlandfunk | die tageszeitung taz | Die Welt | Donaukurier | Dürener Zeitung | Eifeler Zeitung | Ems-Zeitung | Eschweiler Zeitung | Financial Times Deutschland | Focus | Frankfurter Allgemeine | Fritzlar-Homburger Allgemeine | Geilenkirchener Zeitung | General-Anzeiger | Giessener Allgemeine | Gifhorner Rundschau | Goslarsche Zeitung | Göttinger Tageblatt | Grafschafter Nachrichten | greenpeace-magazin.de | Hamburger Abendblatt | Hannoverische Allgemeine Zeitung | Harz-Kurier | Heinsberger Zeitung | Hersfelder Zeitung | Hessisch-Niedersächsische Allgemeine | Jeverland-Bote Kreiszeitung | Jeverischen Wochenblatt | Jülicher Zeitung | Kreiszeitung für die Landkreise Diepholz und Nienburg | Landeszeitung Lüneburg | Lausitzer Rundschau | Leine Nachrichten | Leine-Zeitung Garbsen und Neustadt | Leipziger Volkszeitung | Lingener Tagespost | Mainpost | Main-Spitze | Märkische Allgemeine | Meller Kreisblatt | Meppener Tagespost | Mitteldeutsche Zeitung | Mündener Allgemeine | Münsterische Zeitung | Münsterländer | Münsterländische Volkszeitung | Münsterländische Tageszeitung | N24 | Naumburger Tageblatt | NDR (TV) | Neckarquelle | Neue Osnabrücker Zeitung | Neue Presse Hannover | Neue Presse | Neues Deutschland | Norddeutsche Neueste Nachrichten | Nordhannoversche Zeitung | Nordsee-Zeitung | Nordwest Zeitung | Northheimer Neueste Nachrichten | Odenwälder Zeitung | Oldenburger Kreiszeitung | Oldenburgische Volkszeitung | Osnabrücker Zeitung | Ostfriesen Zeitung | Ostfriesische Nachrichten | Peiner Nachrichten | Rhein-Neckar-Zeitung | Rhein-Zeitung | Rotenburger Kreiszeitung | Ruhr Nachrichten | Salzgitter Zeitung | Schleswig-Holsteinische Zeitung | Schwälmer Allgemeine | Schwarzwälder Bote | Schweriner Volkszeitung | Siegener Kreiszeitung | Sollinger Allgemeine | Stolberger Zeitung | Süddeutsche Zeitung | Südkurier | Uetersener Nachrichten | Waldeckische Allgemeine | Weinheimer Zeitung | Werra-Rundschau | Westfälische Zeitung | Wiesbadener Kurier | Wiesbadener Tagblatt | Wilhelmshavener Zeitung | Wittlager Kreisblatt | Witzenhäuser Allgemeine | Wolfsburg Nachrichten | ZDF | Zeitung für Ganderkesee

BEDROHTE VÖLKER - POGROM

Aktuelle Schwerpunktthemen

Unsere Mitarbeiterin Katja Wolff koordiniert als Redaktionsleiterin nach wie vor die Produktion und Publikation unserer Menschenrechtszeitschrift „bedrohte Völker – pogrom“.

Entsprechend unseren aktuell andauernden Menschenrechts-Kampagnen widmete sich 2009 eines unserer Schwerpunktthemen der Türkei und eines der Situation langjährig geduldeter Flüchtlinge in Deutschland: Immer stärker drängt die Türkei auf eine EU-Mitgliedschaft, aus der deutschen Wirtschaft kommen dafür positive Signale. Dem hält die GfbV entgegen, dass das vorderasiatische Land erst einmal Mindeststandards für die Menschenrechte seiner Minderheiten einführen muss. Doch auch in Deutschland liegt einiges im Argen. Während die Demographen Alarm schlagen, hierzulande würden nicht mehr genug Kinder geboren, sollen tausende Kinder von Flüchtlingen abgeschoben werden – ins Nichts. Denn sie sind hier aufgewachsen oder sogar geboren, sprechen Deutsch als Muttersprache und haben kaum noch Verbindungen zur früheren Heimat ihrer Eltern.

2009 erschienen fünf Hefte, darunter eine Doppelnnummer, mit folgenden Themenschwerpunkten:

1/2009 (Heft Nr. 252)

Adivasi, Christen und Muslime: Indiens Minderheiten kämpfen für Gleichberechtigung



2/2009 (Heft Nr. 253)

Türkei: Mit 3.835 kurdischen politischen Gefangenen, 4.000 zerstörten Dörfern und 17.000 Verschwundenen in die EU?



3/2009 (Heft Nr. 254)

Sinti und Roma in Europa: Seit Jahrhunderten diskriminiert und ausgegrenzt



4/2009 (Heft Nr. 255)

Flüchtlinge in Deutschland: Zehntausenden langjährig „Geduldete“ droht Abschiebung



5-6/2009 (Heft Nr. 256-257)

Jüdische Gemeinschaften: Von Sarajevo bis Aksum, von Marrakesch bis Karatschi

Sollten Sie sich für eine Ausgabe interessieren, können Sie sie gern unter info@gfbv.de oder Tel. 0551 499 060 nachbestellen.

GFBV-BÜRO BERLIN

Gut repräsentiert und vernetzt

Das Berliner GfbV-Büro soll unsere Menschenrechtsarbeit in der Hauptstadt bekannter machen, Kontakte zu Parlamentariern und Ministerien, Medien sowie zu den in Berlin ansässigen Menschenrechtsorganisationen und Stiftungen ausbauen und pflegen. Es soll GfbV-Aktionen unterstützen und zur inhaltlichen Arbeit beitragen.



Victor-Gollancz-Preisverleihung 2009, Foto: Katja Wolff/GfbV

Die Besuche von zwei Delegationen aus Brasilien und von Oleg Orlov (auf dem Foto mit GUS-Referentin

und Leiterin des GfbV-Büros in Berlin, Sarah Reinke), dem Leiter der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial, gehörten zu den Höhepunkten der Arbeit unserer Berliner Mitarbeiter. Für die Delegationen wurde ein Bündel von Gesprächsterminen mit Politikern, Journalisten und Stiftungen vereinbart. Mit konkreten Zusagen reisten die Delegierten weiter.

Inhaltlich befassten sich Sarah Reinke, Frank-René Domes und Brigitta Scholz mit der Menschenrechtslage in den GUS-Staaten und Osteuropa, Ozeanien bzw. Indonesien, Australien und Bosnien. Unsere „Berliner“ Praktikanten arbeiteten zu einer ganzen Reihe von Ländern: vom Iran über Bangladesch bis hin zu Peru und Guatemala. Im Zeitalter des Internets problemlos mit dem Göttinger Bundesbüro vernetzt, konnten sie so zum breiten Themenspektrum unserer Referenten beitragen.

„Unsere Berliner“ repräsentierten die GfbV auf vielen Veranstaltungen, vertraten unsere Standpunkte, knüpften Kontakte und initiierten Kooperationen. Der inzwischen sehr beliebte GfbV-Blog (gfbv.berlin.wordpress.com) entstand 2009 als Initiative unseres Hauptstadtbüros. Von Joachim Fulda kam der Neuanstoß für unser Bußgeldmarketing.

PALAIS AM FESTUNGSGRABEN

GfbV-Berlin
 Am Festungsgraben 1, Büro 213
 10117 Berlin
 Tel. 030 42 80 48 91
 Fax 030 42 80 49 16
 E-Mail: berlin@gfbv.de
<http://berlin.gfbv.de>

FINANZEN

Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen haben es bedeutend schwerer als Hilfswerke, ihre Arbeit zu vermitteln und finanzielle Unterstützung zu mobilisieren. Die Rechte bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten und indigener Völker durchzusetzen, dazu beizutragen, Völkermord oder Vertreibung zu verhindern oder zu beenden, Rückkehrmöglichkeiten zu schaffen, erfordert zähes Ringen mit Parteien, Regierungen, internationalen Institutionen, aber auch von Fall zu Fall mit Wirtschaftskonzernen. Einsatz für Angehörige von Minderheiten heißt auch, sich für den Schutz von Flüchtlingen einzusetzen, ihre Auslieferung oder Abschiebung zu verhindern und politische Gefangene frei zu bekommen.

Was verbirgt sich hinter den abstrakten Zahlen? All das, was Menschenrechtsarbeit beinhaltet und möglich macht. Das ist in allererster Reihe unser „Personal“: unsere Referentinnen und Referenten für Asien, Afrika, Südosteuropa, die GUS-Staaten, den Nahen Osten, für Flüchtlinge und indigene Völker sowie für Pressearbeit und Aktionen. Dazu gehören sowohl die Redakteurin unserer Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ als auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verwaltung, Archiv und Versand. Dazu kommt unsere Mitarbeiterin in unserem Berliner Büro. Einschließlich der beiden Auszubildenden beschäftigt die deutsche GfbV-Sektion zurzeit 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- oder Teilzeit. Im GfbV-Büro Sarajevo sind zwei Mitarbeiterinnen tätig, in dem kleinen Büro in Srebrenica arbeitet die Vorsitzende einer der Mütterbewegungen der Stadt. Für die italienische Sektion in Bozen/Südtirol, d.h. seine beiden Angestellten, bestreitet die deutsche GfbV-Sektion die Hälfte der Kosten. Die GfbV-Sektionen in der Schweiz (Büro in Bern), Österreich (Wien) und in der autonomen Region Kurdistan/Irak (Arbil) finanzieren sich selbst.

Unsere Referenten recherchieren permanent die Lage bedrohter Minderheiten, halten Kontakt zu deren Sprechern, knüpfen Netzwerke, damit Nachrichten über Bedrohungs- oder Verfolgungssituationen nicht unterdrückt werden können. Sie veröffentlichen Informationen in Pressemitteilungen, Menschenrechtsreporten und Memoranden, Stellungnahmen für Gremien der Vereinten Nationen, aber auch für Ausschüs-

se und Arbeitsgruppen unserer Parlamente, Gutachten für Gerichte und Rechtsanwälte. Wir alarmieren die Öffentlichkeit, wenden uns mit Briefen, Faxen, in E-Mails und Telefongesprächen an Politiker, Kirchenvertreter, Gewerkschaften, Organisationen und Institutionen, um sie zum Handeln für bedrohte Volksgruppen zu bewegen. Von Fall zu Fall finden auch persönliche Begegnungen statt.

Druck- und Vertriebskosten entstehen uns für unsere Informationsblätter, die wir mehrmals im Jahr zehntausendfach verbreiten, aber auch für Menschenrechtsreporte, Dokumentationen oder Memoranden, Postkartenaktionen und Rundbriefe. Unter Werbe-, Öffentlichkeits- und Pressearbeit fallen nicht nur die Herstellung von Veranstaltungsplakaten, Handzetteln oder Transparenten. Darin sind auch die Aufwendungen für unsere kreativen, oft Aufsehen erregenden Menschenrechtsaktionen gefasst, ohne die sich Medien und Öffentlichkeit wohl längst nicht so oft für unsere Themen interessiert hätten. Auch die Kosten für die Verbreitung unserer Pressemitteilungen, von denen in jeder Woche mehrere erscheinen, jeweils an hunderte von Redaktionen im In- und Ausland, an Politiker und oft auch an Verbände von Opfergruppen per Fax und per E-Mail verbergen sich hinter diesem Stichwort.

Reisekosten - dieser Posten setzt sich aus vielen Zugfahrten unserer Fachreferenten zu Gesprächen mit politischen Ausschüssen und Parlamentariern des Bundestages, aber auch einzelner Landtage, mit Kirchenvertretern, zu Kongressen, Vorträgen oder Podiumsdiskussionen in vielen Städten Deutschlands oder den angrenzenden Nachbarländern zusammen. Oft begleiten wir auch Sprecher bedrohter Völker zu zuvor von uns organisierten Terminen bei Politikern, Kirchen, Gewerkschaften oder Stiftungen. Oder wir vertreten ihre Anliegen dank unseres beratenden UN-Status bei den Vereinten Nationen in Genf oder sind vor Ort in Straßburg und nutzen dort unseren „mitwirkenden“ Status beim Europarat. Wenn wir eine Menschenrechtsaktion mit mehreren Mitarbeitern und meist auch ehrenamtlichen Praktikanten durchführen oder über unsere Themen mit einem Stand auf einer Messe oder während eines Konzertes informieren wollen, sind wir meist - mit unseren

vielen Praktikanten und Angehörigen unserer Regionalgruppen - unterwegs.

Unsere humanitäre Arbeit wird über unseren gemeinnützigen „Förderverein für bedrohte Völker“ ehrenamtlich koordiniert. Wir begleiten meist kleine begrenzte Projekte als Selbsthilfe für Ureinwohnergemeinschaften, die große Hilfswerke nicht fördern wollen, weil für sie der Verwaltungsaufwand zu groß ist. Eingehende Spenden werden auf einem Extrakonto gebucht und zu 100 Prozent weitergeleitet. Die GfbV finanziert ihre Menschenrechtsarbeit in erster Linie durch Spenden und regelmäßige Beiträge ihrer Mitglieder und Förderer. Diese garantieren so unsere parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit. Zwei renommierte Wirtschaftsprüfer, „Seinige und Partner“ und „Beckmann und Partner“ aus Göttingen, kontrollieren regelmäßig die Buchhaltung und legen dem Vorstand jeweils den Jahresabschluss vor. Diese „Kontrolle“ war Vorbedingung für die Zuerkennung des „Spendensiegels“ an unsere Menschenrechtsorganisation.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

	in €
Umsatzerlöse	
Publikationen	69.553,90
Sonstige Umsätze	<u>59.168,56</u>
	128.722,46
Materialaufwand	
Druckkosten	<u>-87.380,71</u>
Rohrertrag	<u>41.341,75</u>
Sonstige Erlöse	
Mitgliedsbeiträge	603.971,70
Förderbeiträge	51.375,62
Spenden	521.584,28
Zuschüsse	
Rettet Darfur	2.299,44
Sonstige	9.033,00
Zuwendungen aus Bußgeldern	375,00
Erbschaften	53.152,26
Erlöse aus weiterbelasteten Personalkosten	16.633,46
	<u>1.258.424,76</u>
Gesamtertrag	<u>1.299.766,51</u>
Personalaufwand	
Löhne und Gehälter	-468.248,40
Soziale Aufwendungen	<u>-114.440,39</u>
	<u>-582.688,79</u>

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen -31.322,16

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Miete	-31.949,17
Gas, Strom, Wasser	-9.119,51
Reinigung und sonstige Raumkosten	-3.542,95
Versicherungen und Beiträge	-21.495,24
Gebühren	-1.097,78
Reparaturen und Instandhaltung	-19.702,86
Fahrzeugkosten Miete/Leasing	-4.352,12
Leasing Betriebs- u. Geschäftsausstattung	-8.991,55
Werbe- u. Öffentlichkeitsarbeitskosten	-56.829,88
Humanitäre Hilfen und Projekte	-66.768,25
Bewirtungskosten	-8.695,98
Geschenke	-416,42
Reisekosten	-18.346,42
Druck- und Vertriebskosten	-107.073,04
Fremdarbeiten	-16.236,48
Porto, Kurierdienste und Telefon	-81.203,26
Bürobedarf	-11.865,20
Zeitschriften und Bücher	-15.313,21
Rechts- und Beratungskosten	-12.140,42
Buchführungskosten	-16.658,65
Nebenkosten des Geldverkehrs	-6.318,32
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-17.219,44</u>
	<u>-535.336,15</u>

Aufwendungen – insgesamt -1.149.347,10

Betriebsergebnis I 150.419,41

Finanzergebnis

Zinsaufwendungen	-87,36
Zinserträge	<u>3.750,46</u>
	<u>3.663,10</u>

Betriebsergebnis II / Übertrag 154.082,51

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

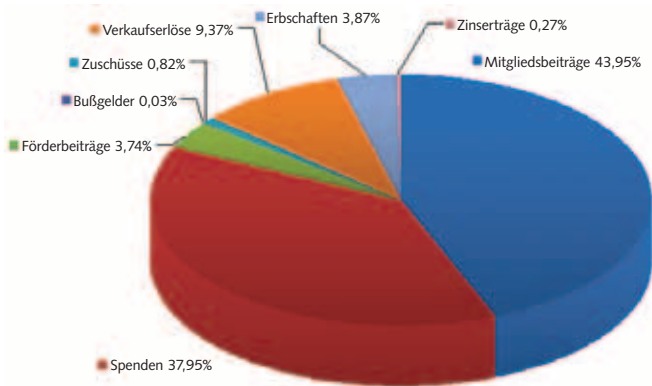
Verschiedene Erträge	
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.370,01
Zuschüsse für Lohn und Gehalt	3.996,70
Sonstige	<u>7.994,31</u>
	<u>13.361,02</u>

Verschiedene Aufwendungen	
Spenden	-2.000,00
Sonstige	<u>-1.087,89</u>
	<u>-3.087,89</u>

Neutrales Ergebnis 10.273,13

Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag 164.355,64

Erlöse im Jahr 2009



Die umseitig tabellarisch aufgeführte Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 soll einen Überblick über den GfBV-Haushalt mit seinen Einnahmen und Ausgaben in diesem Zeitraum geben. Das wirtschaftliche Krisenjahr 2009 wirkte sich auch negativ auf unseren Haushalt aus. Doch wir konnten etwa 150.000 Euro im Bereich Druck, Versand und Personalkosten einsparen, und unser Haushaltsplan wurde im Laufe des Jahres immer wieder der aktuellen Finanzentwicklung angepasst.

Bedauerlich: Durch Kündigung, ganz überwiegend aus wirtschaftlichen Gründen oder durch Tod, verminderte sich die Zahl der Mitglieder von 5973 auf 5914. Erfreulicherweise erhöhte sich die Zahl der Förderer allerdings von 621 auf 653. So sank die Summe der Mitgliedsbeiträge im Vergleich zum Vorjahr um 11.086,35 Euro von 615.058,05 Euro auf 603.971,70 Euro. Dagegen stieg die Summe der Fördererbeiträge um 7.136,52 von 44.239,10 Euro auf 51.375,62 Euro. Wir erleben dennoch mit Interesse, dass die Bereitschaft von Menschen als Förderer einzutreten, eine neue Entwicklung ist. Hier müssen wir viel mehr unternehmen, um Freunde zu gewinnen - als Förderer, aber auch als Mitglieder.

In dem schwierigen zurückliegenden Jahr sanken die Spenden um 37.657,21 Euro von 559.241,49 Euro auf 521.584,28 Euro. Gleichzeitig erhöhten sich die Einkünfte aus Erbschaften von 8.348,42 Euro auf 53.152,26 Euro. Insofern konnten wir auf der Einnahmenseite mit einem Plus von 14.423,07 Euro abschließen. Die öffentlichen Zuwendungen haben sich im Jahr 2009 verdoppelt. Dabei ist zu betonen, dass derartige Subventionen nicht zur Regel werden, sondern jeweils besonderen Projekten, vor allem im Beschäftigungssektor, dienen sollen. Im vergangen

Jahr wurden nicht zuletzt unsere Kampagnen für Flüchtlinge und das Engagement für politische Gefangenen von Minderheiten in Russland mit besonders hohen Spenden bedacht. Als positives hoffnungsvolles Zeichen werten wir, dass 2010 bis Ende August 28.000 Euro mehr an Spenden bei uns eingingen als im Vorjahr.

Geschäftsführung

Mitglieder des Bundesvorstandes im Jahre 2009/2010 waren:

1. Tilman Zülch, Bundesvorsitzender (Göttingen)
2. Udo Fahlbusch (Bodenfelde)
3. Harald Klein (Freiburg i. Breisgau)
4. Maria Sido (Bonn)
5. Irina Wießner (Neueichenberg)

Mitglieder der Schiedskommission:

1. Dr. Saleh Sido (Bonn)
2. Dr. Kajo Schukalla (Münster)
3. Ulrike Kuhlmann (Münster)

SEKTIONEN

GfbV-Bosnien-Herzegowina (BiH)

KONTAKT:

GfbV-Bosnien-Herzegowina (BiH)

Trampina 4 / IV

71000 Sarajevo

Bosnien-Herzegowina

Tel.: ++387 33 213 707

Fax: ++387 33 213 709

E-Mail: gfbv_sa@bih.net.ba

www.gfbv.ba

Fast 200 Interviews gab die Direktorin unserer GfbV-Sektion Bosnien-Herzegowina, Fadila Memisevic, 2009. Dabei suchten nicht nur Mitarbeiter bosnischer Medien aus aktuellem Anlass das Gespräch mit ihr. Auch zahlreiche Redakteure internationaler Nachrichtenagenturen oder Korrespondenten ausländischer Zeitungen, Fernseh- und Rundfunksender baten sie um Stellungnahme oder Kommentar, darunter Journalisten aus Belgien, Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien, Österreich, Polen, den USA, der Türkei, dem Iran und China. Einige Male war Frau Memisevic auch zu Gast in Fernsehdiskussionsrunden. Gemeinsam mit ihrer langjährigen Mitarbeiterin Belma Zulcic begleitete sie Reporter zu Begegnungen mit Überlebenden aus Srebrenica oder an Schauplätze von Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie serbische Konzentrations- und Vergewaltigungslager, Hinrichtungsstätten oder Massengräber.

Die Vielfalt der Themen, zu denen Journalisten mit der GfbV-BiH Kontakt aufnahmen, spiegelt einen Teil der großen Bandbreite der politischen Kampagnen unserer Mitarbeiterinnen in Bosnien wider: Es gab Anfragen zur Kommentierung verschiedener Kriegsverbrecherprozesse in Den Haag sowie für Hintergrundinformationen zur schwierigen Lage der noch immer nicht als Minderheit in Bosnien anerkannten Roma. Die Situation der während des Krieges vergewaltigten Frauen war ebenso Thema wie die Forderung nach Aufnahme Bosniens in die EU oder die Empfehlung, am 11. Juli, dem Jahrestag des Massakers von Srebrenica, der Toten in ganz Europa mit einem eigenen „Feiertag“ zu gedenken. Das ganze Jahr über entwickelten unsere bosnischen Mitarbeiter zu diesen und anderen Schwerpunkten ihrer Menschenrechtsarbeit zahlreiche Initia-

tiven. Sie veröffentlichten Pressemitteilungen, sprachen bei Politikern vor, organisierten runde Tische mit Betroffenen, schrieben Anträge, formulierten Appelle und Stellungnahmen.

Im Mai konnte unsere GfbV-Koordinatorin für Srebrenica, Hatidza Mehmedovic, dem US-Vizepräsidenten Joe Biden persönlich einen Appell mit unseren Hauptforderungen für das vom Krieg noch immer gezeichnete Bosnien-Herzegowina übergeben: Stärkung des Staates, Aufbau einer einheitlichen, multiethnischen Polizei, Aufnahme Bosniens in die EU, Verhaftung und Auslieferung der Kriegsverbrecher - insbesondere von Ratko Mladic - und Autonomie für Srebrenica.

Am 14. Jahrestag des Massakers von Srebrenica, dem 11. Juli, beteiligte sich die GfbV-BiH selbstverständlich wieder an den Gedenkfeiern für die Ermordeten, während derer die sterblichen Überreste von 534 aus Massengräbern exhumierten und identifizierten Opfern beerdigt wurden.

30 Stunden brauchten die Busse mit den 150 Srebrenica-Müttern von Sarajevo nach Den Haag zum Prozessauftakt gegen Radovan Karadzic im Oktober. Weltweit war in vielen Fernsehnachrichten zu sehen, wie sie anklagend das lange GfbV-Transparent mit den 8.373 Namen ihrer in Srebrenica getöteten Angehörigen hielten.

Die Kundgebungen, Aktionen und Vorträge aufzuzählen, die unsere bosnische Sektion 2009 organisierte, würde hier den Rahmen sprengen. Besonders hervorgehoben sei hier nur noch die Mahnwache gegen den Genozid im westsudanesischen Darfur im April, die unser Büro in Sarajevo gemeinsam mit der „Jugendinitiative für Menschenrechte“ und anderen bosnischen Organisationen im Rahmen der internationalen Kampagne „Genocide Prevention Month“ durchführte.

GfbV-Schweiz

KONTAKT:

GfbV-Schweiz
Wiesenstrasse 77
CH-3014 Bern
Tel.: +41 (0) 31 311 90 08
Fax: +41 (0) 31 311 90 65
E-Mail: info@gfbv.ch



Ende September 2009 besuchte der russische Präsident Dmitri Medwedew die Schweiz. Die dortige GfbV-Sektion protestierte während seiner Ankunft vor dem Bundeshaus gegen die zunehmende Gewalt, der Menschenrechtler in Tschetschenien ausgesetzt sind. Zuvor hatte der Mord an Sarema Sadulajewa große Bestürzung ausgelöst. Die schwangere Menschenrechtsaktivistin war Mitglied des von der GfbV-Schweiz gegründeten Tschetschenischen Zivilgesellschaftsforums.

Weitere Arbeitsschwerpunkte bildeten das Engagement gegen den geplanten Ilisu-Staudamm in der Türkei, für den rund 60.000 Menschen - vor allem kurdische Familien - umgesiedelt werden müssten, und die Unterstützung des Netzwerks von knapp 60 Zivilgesellschafts- und Menschenrechtsorganisationen für die Verankerung menschenrechtlicher Werte und Demokratie in Afghanistan. Außerdem setzten wir uns gemeinsam mit der deutsch-irakischen Entwicklungsorganisation WADI für den Aufbau konkreter Projekte für Kinder, Jugendliche und Frauen in der Region um die nordirakische Stadt Halabja ein. Dort wurde 1988 unter Diktator Saddam Hussein gegen die kurdische Bevölkerung Giftgas eingesetzt.

Einen Etappenerfolg errang die GfbV-Schweiz bei der Durchsetzung des Mitspracherechts der Pygmäen bei der Nutzung des Waldes im Kongobecken. Ein Stück Schwerarbeit blieb jedoch der Einsatz für die Umsiedlung der in bleiverseuchten Flüchtlingslagern im Kosovo untergebrachten Roma. Mit Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnen, Projekten im Ausland und Lobbying möchte die Schweizer GfbV-Sektion ihr politisches Gewicht weiter festigen. 2009 konnte sie zahlreiche neue Mitglieder gewinnen und ihre neu gestaltete Zeitschrift „Voice“ präsentieren.

GfbV-Österreich



KONTAKT:

GfbV-Österreich
Untere Viaduktgasse 53/7A
A-1030 Wien
Tel. +43/1/503 49 90
Fax: +43/1/503 49 90 13
E-Mail: office@gfbv.at

Mit Petitionen, Pressemitteilungen, Aufrufen zu Briefaktionen und einem monatlichen E-Mail-Newsletter, der eigenen Zeitschrift „Bedrohte Völker“, mit Vorträgen, Diskussionsrunden und Informationsabenden sowie einer Ausstellung, einer Lesung und - last but not least - der Produktion „unseres“ auch in Deutschland sehr beliebten GfbV-Bildkalenders mischte sich die GfbV-Österreich 2009 in Politik und Meinungsbildung zu vielen Themen ein. Sie engagierte sich u.a. für Tibeter, Indigene in der Arktis, Guatemala, Costa Rica und Bolivien, Sahrauis in der von Marokko besetzten Westsahara, Nubier in Ägypten, Kurden in der Türkei sowie für tschetschenische Flüchtlinge in Österreich.

Dabei wurde der persönliche Kontakt mit Betroffenen stets groß geschrieben. So organisierte oder unterstützte die GfbV-Österreich u.a. Veranstaltungen mit der Menschenrechtsaktivistin Eren Keskin aus der Türkei, dem Präsidenten Boliviens, Evo Morales, dem Sahraui-Vertreter, Omar Bulsan, oder dem Tuwa-Schriftsteller aus der Mongolei, Galsan Tschinag. 19 tibetische Kinder lernten, organisiert von der GfbV-Unterstützerin Tseten Zöchbauer, in einem Sommercamp in Melk spielerisch tibetische Tänze, Lieder und Yogatechniken kennen.



Erfolgreich verliefen die Spendenaktionen für konkrete Projekte wie die einer Schneiderwerkstatt für Embera-Frauen in Panama, einer dringend benötigten Gesundheitsstation auf den Fidschi-Inseln oder einem Trainingszentrum für die Nuba-Frauenorganisation „Nuweda“ im Sudan. In Peru konnten mit Hilfe der GfbV für die indianische Gemeinschaft der Japu-Qeros Schulen errichtet werden, die für die Kinder gut zu Fuß erreichbar sind.

GfbV-Südtirol/Italien

KONTAKT:

GfbV-Südtirol
Via Marconi 5 - CP/PF 233
I-39100 Bolzano/Bozen
Tel/Fax +39 0471 972240
E-Mail: info@gfbv.it

Die GfbV-Südtirol wurde Ende 2008 als gemeinnützige Organisation des Landes Südtirol offiziell anerkannt. Dadurch eröffnen sich neue Möglichkeiten zur Finanzbeschaffung. Allerdings hat dies auch etliche neue administrative Aufgaben mit sich gebracht, denen leider viel Zeit gewidmet werden musste.

Viele Stunden investierten Mauro di Vieste und Sabrina Busani 2009 in die regelmäßige Aktualisierung der Web-Site www.gfbv.it, auf der in mehreren Sprachen auch Leitartikel der GfbV-Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ eingestellt wurden, und die Neuorganisation der Fachbibliothek Menschenrechte im Bozener GfbV-Büro. Deren Katalog kann nun im Internet eingesehen werden. Auf der Web-Site wurden pro Tag durchschnittlich 3.000 Kontakte registriert.

Besonders intensiv war die Arbeit mit und in Schulen: Die GfbV wurde in der pädagogischen Zeitschrift Südtirols vorgestellt, und das pädagogische Amt verteilte die Broschüre über indigene Völker in der Arktis in Südtirols Oberschulen. Während die Ausstellung zum gleichen Thema auch 2009 ein Publikumserfolg war, hielten die GfbV-Mitarbeiter zu diesem Thema und über die Lage der Minderheiten in der Türkei zahlreiche Vorträge. Inhaltliche Arbeitsschwerpunkte des Bozener GfbV-Büros, die dank einiger Praktikanten bewältigt werden konnten, waren zudem die schwierige Lage der Sinti und Roma, zu der eine Sonderausgabe in Italienisch erarbeitet wurde, der Mapuche in Chile und der Uiguren im Nordwesten Chinas. Guten Widerhall fanden die Pressemitteilungen der GfbV-Südtirol. Auch wenn Erklärungen der GfbV International im italienischen und gegebenenfalls spanischen Sprachraum verbreitet wurden, fiel der Name der GfbV oft in den Medien.

Rebiya Kadeer und Mauro di Vieste



Foto: GfbV Bozen/Südtirol

GfbV-Kurdistan/Irak

KONTAKT:

GfbV-Kurdistan/Irak
Dr. Masud Siany
Tel. 00964 750 46 799 13
Masaud_siany@yahoo.com

oder

Dr. Kamal Sido
P.O. Box 20 24, D-37010 Göttingen
Tel: +49 (0) 551 49906-18
Fax: +49 (0) 551 58028
E-Mail: nahost@gfbv.de

Auch 2009 blieb die Lobbyarbeit für die verfolgten Minderheiten im Süd- und Zentralirak eine Hauptaufgabe der GfbV-Sektion Kurdistan/Irak. Darauf legte der multinationale und multireligiöse Beirat großen Wert, denn das Gesetz für die Provinzwahlen im Irak sollte nicht zum Nachteil der Minderheiten revidiert werden. Für die Christen, Yeziden und Shabak konnte in der Provinz Mosul je ein Sitz im Provinzrat durchgesetzt werden, in Bagdad je ein Sitz für Christen und Mandäer und im süd-irakischen Basra ein Sitz für die Christen. In der Provinz Kirkuk und den drei kurdisch verwalteten Gouvernements Arbil, Sulaimaniya und Dohuk fanden keine Wahlen statt.

Schwerpunkte der GfbV-Arbeit in Kurdistan bildeten außerdem die Unterstützung für die aus der Stadt Mosul flüchtenden Minderheitenangehörigen sowie die Übersetzung und Verbreitung von Pressemitteilungen und Dokumenten der GfbV-Deutschland bei lokalen Medien. Bei nahezu allen wichtigen Konferenzen und Tagungen brachten sich GfbV-Mitglieder ein.

Auch an den Beratungen über eine neue Verfassung für den Bundesstaat Kurdistan, in der schließlich die Rechte aller Nationalitäten sowie Glaubensfreiheit verankert wurden, beteiligte sich unsere Sektion. Das Regionalparlament verabschiedete den Entwurf in erster Lesung. Als das Wahlgesetz für Kurdistan geändert wurde, kam von der kurdisch-yezidischen Glaubensgemeinschaft Kritik. Da die Quotenregelung nur ethnischen und nicht religiösen Kriterien folgt, können Yeziden nur über gesamt-kurdische Listen ins Parlament einziehen.

GfbV-Repräsentanz in den USA

KONTAKT:

Rebecca Sommer

E-Mail: rebeccasommer@earthlink.net

Bei den Vereinten Nationen in New York repräsentiert die Hmong-Expertin Rebecca Sommer die GfbV für den Bereich der indigenen Völker. Ihr bereits mehrfach ausgezeichnete Dokumentarfilm „Hunted Like Animals“ über das Schicksal der Hmong in Laos und Thailand gewann 2009 den Grand Prix des Native and Indigenous Film Fest (NAIFF) in Brünn. Gemeinsam mit Sprechern vieler Ureinwohnergemeinschaften machte Sommer im vergangenen Jahr den Widerstand gegen das „UN-Klimaschutzprogramm“ REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) zu ihrer Herzensangelegenheit.



Durch Emissionshandel soll REDD eigentlich dem Waldschutz und dem Klima dienen. Doch das Programm kann leicht missbraucht werden. Es könnte sogar Anreiz dazu geben, den zurückgezogen in den Wäldern Südamerikas, Südostasiens oder Afrikas lebenden indigenen Völkern Land zu rauben, ihre Flächen zu roden und für schnellen Profit mit Monokulturen, die als „Wald“ deklariert werden, neu aufzuforsten.

Beim jährlichen Permanenten Forum für Indigene Angelegenheiten (PFII) bei den UN in New York organisierte Sommer im Namen der GfbV mehrere Informationsveranstaltungen (Side Events) zum Thema REDD und seinen Einfluss auf indigene Völker. Auch mit zahlreichen Filmvorführungen informierte sie über die Gefahren des Programms. Inzwischen hat Sommer auf der Internetplattform YouTube dazu auch eigene Filmclips hochgeladen. Sie sind zu finden unter dem Suchbegriff „SommerFilms REDD“.

GfbV-Repräsentanz in Großbritannien

KONTAKT:

Owen Beith

Tel. +44 (0) 20 89 81 98 79

beithowen@gn.apc.org

Unser Repräsentant in London, Owen Beith, arbeitet seit vielen Jahren für die GfbV ehrenamtlich als Übersetzer, liest Korrektur und bearbeitet Texte.

Owen Beith verfolgt die Menschenrechtslage in vielen Teilen der Welt. Sein besonderes Augenmerk gilt den Ländern des ehemaligen Jugoslawien. Er beobachtet die Aufarbeitung der Vergangenheit nach Völkermord und Vertreibung in Bosnien-Herzegowina: Neben seinen Übersetzertätigkeiten empfahl er britischen Journalisten unsere bosnischen und Göttinger Mitarbeiter als Experten und Gesprächspartner, sodass unsere Themen auch in den Medien Großbritanniens Präsenz fanden. Im Sommer und Herbst 2009 arbeitete Owen Beith an unserer Kosovo-Kampagne mit. Persönlich schrieb er Lobbybriefe an Mitglieder des Unterhauses des Britischen Parlaments (House of Commons).

Gemeinsam mit uns protestierte er 2009 entschieden gegen einen Jahresvortrag Noam Chomskys bei Amnesty International (UK) in Belfast, denn Chomsky relativiert und leugnet im Endeffekt den Völkermord in Bosnien-Herzegowina. In einem offenen Brief an Amnesty und Chomsky stellten wir dessen moralische Integrität in Frage und forderten ihn auf, sich in Belfast für seine bösartigen Worte bei den bosnischen Genozid-Opfern zu entschuldigen.

PUBLIKATIONEN 2009

Viele kostenpflichtige Publikationen finden Sie gratis zum Download auf www.gfbv.de.

AFRIKA

Sudan/Darfur: Völkermord. Heute. Rettet Darfur!, Faltblatt, 03/2009, kostenlos

Sudan/Darfur: Frauen helfen in Darfur, Das Solar-kocher-Projekt, Faltblatt, 06/2009, kostenlos

Sudan/Südsudan: SOS Südsudan, Handzettel, 06/2009, kostenlos

Sudan: Pressefreiheit im Sudan, Handzettel, 06/2009, kostenlos

Sudan/Nordsudan: Staudammbau im Nordsudan, Handzettel, 06/2009, kostenlos

Kongo: Kinder sind keine Soldaten!, Handzettel, 02/2009, kostenlos

China: Verfolgte Autoren in China fordern Freiheit des Wortes, Handzettel, Plakat und Lesezeichen, 09/2009, kostenlos

China: Uiguren in Xinjiang: diskriminiert und verfolgt, Faltblatt, 10/2009, kostenlos

China: Verfolgte Schriftsteller, Report Nr. 61, 10/2009, 8,00 Euro

Indien: Christliche Adivasi werden doppelt verfolgt, Faltblatt, 05/2009, kostenlos

Indien: Verfolgung von Christen in Orissa, Bericht einer Recherche, 05/2009, 3,50 Euro

Thailand: Menschenrechte für Patani, Faltblatt, 09/2009, kostenlos



ASIEN

Afghanistan: Militarisierung statt Demokratisierung?, Memorandum, 2/2009, 2,50 Euro

Burma: Gequält- gejagt- vertrieben: Burmas Minderheiten brauchen uns!, Faltblatt, 06/2009, kostenlos

China: 20 Jahre Tiananmen – Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens, Memorandum, 06/2009, 2,50 Euro

China: Rettet Kashgar! China zerstört den Schatz der Seidenstraße, Report Nr.60 und Lesezeichen, 07/2009, 2,50 Euro

Tibet – 50 Jahre Volksaufstand, Report Nr. 59, 3/2009, 3,50 Euro

Turkmenistan: Rhunama, Handzettel zur Lage in Turkmenistan, 09/2009, kostenlos

EUROPA

Bosnien: Gedenken an die 8.376 Opfer von Srebrenica, Handzettel, 07/2009, kostenlos

Flüchtlinge: Mensch, was tust du? Kampagnenblatt für ein Bleiberecht langjährig geduldeter Flüchtlinge und ihrer Kinder, 05/06/2009, kostenlos

Russland: Die Menschenrechtslage in den Nordkaukasusrepubliken Tschetschenien, Inguschetien, Dagestan, Memorandum, 11/2009, 2,50 Euro

Russland: Indigene Völker existenziell bedroht, Faltblatt und Unterschriftenliste, 06/2009, kostenlos

Russland: Evenken gegen Wasserkraftwerk, Unterschriftenliste, 06/2009, kostenlos

KLIMA

Fluch der Ölpalme – Landraub für Biodiesel stoppen, Faltblatt, 4/2009, kostenlos

Waldschutz ist Klimaschutz – Emissionshandel und die Rechte indigener Völker, Faltblatt, 4/2009, kostenlos

Klima: Indigene Völker der Arktis – Hauptleidtragende



NORD-, MITTEL- und SÜDAMERIKA

Brasilien: Indigene Völker Brasiliens – Kahlschlag im Regenwald verhindern, Faltblatt, 2/2009, kostenlos

Brasilien: Kaiowá-Guaraní kämpfen um ihre Existenz, Faltblatt, 08/2009, kostenlos

Peru/Brasilien: „Für sie geht es um Leben und Tod - Kleine Völker in freiwilliger Isolation“, Kampagnenblatt, 1/2009, kostenlos

Peru/Brasilien: Öl-Dorado Amazonien – Rohstoffexploration gefährdet freiwillig isoliert lebende Völker in Peru und Brasilien, Memorandum, 05/2009, 2,50 Euro

NAHER und MITTLERER OSTEN

Iran: Vielvölkerstaat ohne Gleichberechtigung und Glaubensfreiheit, Faltblatt, 06/2009, kostenlos

Syrien: Kurdische Minderheit wird unterdrückt, Faltblatt, 07/2009, kostenlos

Türkei: 15 Millionen Kurden ohne Rechte, Faltblatt, 3/2009, vergriffen

Türkei: Das Schicksal der syrisch-orthodoxen Christen, Faltblatt, 08/2009, kostenlos

des Klimawandels, Faltblatt, Neuauflage 04/2009, kostenlos

ÜBERGREIFENDE THEMEN

Deutschland/Russland/deutsche / Darfur / Türkei: Drei Wünsche an die FDP, Flugblatt, 1/2009, kostenlos

Indigene: Wasser ist Leben – Wasser-Konflikte bedrohen Minderheiten, Faltblatt, 4/2009, kostenlos

Indigene Völker: Ist das Völkerrecht ein zahnloser Tiger? Bilanz der GfV zur Situation der indigenen Völker in Afrika, Lateinamerika, Asien und Europa, Memorandum, 08/2009, kostenlos

Tibet / Iran / Türkei / Tschetschenien / Afghanistan/ USA - Verhaftet – Verurteilt – Vergessen? Bürgerrechtler bedrohter Minderheiten befreien!, Kampagnenblatt, 04/2009, kostenlos

Tamilen / Yeziden / Darfuri / Tibeter etc. „Unterstützen Sie unsere Menschenrechtsarbeit!“ Kampagnenblatt, 11/2009, kostenlos

Die Gesellschaft für bedrohte Völker - Für Menschenrechte. Weltweit. „Minderheiten. Menschenrechte. Unser Engagement. Unsere Stärke, Selbstdarstellung“, 02/2009, kostenlos

bedrohte völker - pogrom

Die größte deutschsprachige Minderheitenzeitschrift



EINE **STIMME** FÜR DIE OPFER

Die Täter kommen groß zu Wort?
Bei uns nicht! Wir geben den Opfern von
Völkermord, Diskriminierung und
Menschenrechtsverletzungen eine Stimme.

INFORMIEREN SIE SICH

„bedrohte Völker - pogrom“ ist ein ideales
Geschenk für alle, die sich nicht mit
offiziellen Wahrheiten abspesen lassen
wollen. Informieren darf nicht Verschweigen,
Ideologisieren bedeuten.

ERLEBEN SIE **VIELFALT**

Bestellen Sie „bedrohte Völker - pogrom“
im Jahresabonnement für nur 25 Euro
im Jahr - inklusive Versand. Sie erhalten
dafür sechs abwechslungsreiche Hefte
voller Themenvielfalt.



Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Postfach 2024 • D-37010 Göttingen • Tel.: 0551 49906-0 • Fax: 0551 58028
E-Mail: info@gfbv.de • www.gfbv.de

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status bei den UN
und mitwirkendem Status beim Europarat

pogrom
bedrohte
Völker



Für Menschenrechte. Weltweit.

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Postfach 2024 • D-37010 Göttingen • Tel.: 0551 49906-0 • Fax: 0551 58028 • E-Mail: info@gfbv.de • www.gfbv.de

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat

Arbil • Bern • Bozen • Göttingen/Berlin • London • Luxemburg • New York • Pristina • Sarajevo/Srebrenica • Wien